



Krise und Unsicherheit

IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2022

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur*

Köln, 20.05.2022

IW-Report 26/2022

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Facebook

[@IWKoeln](https://www.facebook.com/IWKoeln)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/IW_Koeln)

Ansprechpartner

Prof. Dr. Michael Grömling

Leiter der Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur

groemling@iwkoeln.de

0221 – 4981-776

***Autoren**

Prof. Dr. Hubertus Bardt

Dr. Martin Beznoska

Dr. Markus Demary

Prof. Dr. Michael Grömling

Prof. Dr. Michael Hüther

Dr. Thomas Obst

Dr. Jochen Pimpertz

Dr. Thilo Schaefer

Holger Schäfer

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Mai 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Krise folgt auf Krise	5
2 Preisdruck auf breiter Front	10
3 Weltwirtschaft im Schatten des Ukraine-Kriegs.....	14
4 Aufgeschobene Erholung bei Konsum und Investitionen	23
5 Zuversicht am Arbeitsmarkt	29
6 Nicht nur Pandemie und Krieg belasten den Staatshaushalt	31
7 Konjunkturpolitik unter Unsicherheit	33
Anhang	36
Literaturverzeichnis	37
Tabellenverzeichnis.....	40
Abbildungsverzeichnis.....	40
Abstract.....	41

JEL-Klassifikation

E2 – Konsum, Sparen, Produktion, Investition, Arbeitsmarkt und der informelle Sektor

E3 – Preise, Konjunkturschwankungen und -zyklen

E5 – Geldpolitik, Zentralbank, Geld- und Kreditangebot

E6 – Wirtschaftspolitik; makroökonomische Aspekte öffentlicher Finanzen und allgemeine Perspektive

Stichwörter: Konjunktur, Weltwirtschaft, Arbeitsmarkt, Staatshaushalt, Finanzmärkte

Zusammenfassung

Die deutsche Wirtschaft wankt – bereits angeschlagen – von der einen Krise in die nächste. Noch immer werden die Unternehmen von den vielfältigen Auswirkungen der Corona-Pandemie belastet – vor allem über gestörte Lieferketten und Personalausfälle. Die erneuten Restriktionen in China verdeutlichen, dass diese Risiken auch weiterhin nicht wegzudenken sind. Hinzu kommen seit Februar die Lasten des Kriegs in der Ukraine. Diese verstärken die bestehenden Produktionsstörungen, bewirken zusätzlich stark ansteigende Produktionskosten und Preise und führen zu erheblichen Verunsicherungen. Vor allem die umfassende Versorgung mit wichtigen Industrie- und Energierohstoffen stellt derzeit ein schwer kalkulierbares Risiko dar. Ein ebenso kaum abschätzbarer Konjunkturreinbruch könnte aus einer abrupten Unterbrechung der Gaslieferungen aus Russland resultieren. Auch ohne eine solche Eskalation wird sich die weltwirtschaftliche Dynamik empfindlich abschwächen. Für das Jahr 2022 wird bei Weltproduktion und Welthandel jeweils ein Plus von $3\frac{1}{2}$ Prozent erwartet. Für 2023 fallen die Zuwächse leicht schwächer aus. Rund um den Globus zehren die hohen Preise und Unsicherheiten an der Konsum- und Investitionsnachfrage. In diesem Umfeld verlangsamt sich auch das Konjunkturtempo in Deutschland stark. Die Exporte leiden unter der schwächelnden Weltwirtschaft. Konsum und Investitionen stehen im Bann von hohen Inflationsraten und Stress in den Lieferketten. Die notwendige Erholung wird nochmals aufgeschoben. Die Wachstumsaussichten für das Jahr 2022 haben sich auf nur noch weniger als $1\frac{3}{4}$ Prozent halbiert. Im Jahr 2023 wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um $2\frac{3}{4}$ Prozent zulegen. Das setzt aber voraus, dass es im zweiten Halbjahr 2022 zu keinen zusätzlichen Belastungen durch geopolitische Konflikte kommt und sich die konjunkturaufzehrenden Inflationseffekte zurückbilden. Nach gut 6 Prozent in diesem Jahr steigen die Verbraucherpreise 2023 um 3 Prozent an. Produktionsstörungen wirken im gesamten Prognosezeitraum, sie lassen unter den gesetzten Bedingungen aber nach. Trotz dieser erneuten Belastungen bleibt der deutsche Arbeitsmarkt robust. Die Beschäftigung legt wieder zu und die Arbeitslosigkeit wird auf unter 5 Prozent im nächsten Jahr sinken. Die Pandemie und der Krieg führen auch in diesem und im kommenden Jahr zu einem hohen Staatsdefizit. Hinzu kommen steigende Sozialversicherungsausgaben. Insgesamt wird die Staatsschuldenquote im Prognosezeitraum bei rund 70 Prozent liegen.

1 Krise folgt auf Krise

Die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln und für nach vorne gerichtete Entscheidungen haben sich durch den Krieg in der Ukraine erneut und erheblich verschlechtert. Neben dem menschlichen Leid durch Tod und Vertreibung werden Lebensräume, vielfältige soziale und ökonomische Infrastrukturen sowie die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen zerstört. Darüber hinaus führt dieser Krieg dazu, dass „die Globalisierung ihre normative Rahmung als Geschichte des Westens“ zusätzlich verliert (Hüther, 2022). Der Weg in eine neue Epoche der Bipolarität – bislang sichtbar an dem beginnenden Auseinanderleben von China und den westlichen Demokratien – wird weiter beschritten. Das bezieht sich nicht nur auf die künftigen geopolitischen Strukturen, sondern auch auf die geoökonomischen Perspektiven – mit einem Abschied von der zweiten Globalisierung der industriellen Welt und ihren bisherigen Wohlstandseffekten (Hüther et al., 2021).

Mit Blick auf die deutsche Wirtschaft wurden die derzeit bestehenden Konjunkturrisiken und ihre Anpassungslasten in der Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft vom Dezember 2021 (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2021) vorgezeichnet:

1. **Produktionsstörungen** wurden aus unterschiedlichen Gründen – wie gestörter Logistikprozesse sowie fehlender Bauteile und Materialien aufgrund von pandemiebedingten Produktionsproblemen auf vorgelegerten Wertschöpfungsstufen – auch für das Jahr 2022 erwartet. Dafür gab es auf Basis von Unternehmensbefragungen zum Jahresende 2021 klare Hinweise (Bardt/Grömling, 2022). Gerade im Frühjahr 2022 zeigen die erneuten und starken Einschränkungen in China, dass sich Weltproduktion und Welthandel nach wie vor nicht im Normalmodus befinden.
2. Die **Pandemie** sorgte im ersten Quartal 2022 neben den angebotsseitigen Belastungen (wie etwa durch krankheitsbedingte Personalausfälle) auch für erneute Einschränkungen auf der Nachfrageseite der Volkswirtschaft, vor allem im konsumnahen Dienstleistungssektor. Diese Belastungen waren geringer als im Winter 2020/2021 und nach erster Schätzung konnte nach dem Rückgang im vierten Quartal 2021 im ersten Quartal 2022 zumindest ein geringer Zuwachs bei der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Deutschland erreicht werden. Mit den Lockerungen im Frühjahr besteht zwar Zuversicht auf eine Normalisierung, weitere Infektionswellen und darauf reagierende Restriktionen sind jedoch für den weiteren Jahresverlauf 2022 und den folgenden Winter nicht wegzudenken und gehören in das unternehmerische und makroökonomische Risikoprofil.
3. Infolge der vielfältigen Produktionsstörungen und der pandemiebedingten Nachholbedarfe kam es bereits im Jahresverlauf 2021 zu erheblichen **Preiseffekten** (Bardt et al., 2021). Diese waren zunächst in einem hohen Ausmaß auf der Produktionsebene sichtbar. So lagen die industriellen Erzeugerpreise zum Jahresanfang 2022 um rund 25 Prozent über dem Vorkrisenniveau von Anfang 2020. Dies schuf bereits neue Herausforderungen bei den unternehmerischen Dispositionen und neue Unsicherheiten, etwa mit Blick auf die künftige Entwicklung der Arbeitskosten und der Wettbewerbsfähigkeit.
4. **Geopolitische Risiken** – sichtbar am Protektionismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen (Hüther et al., 2021) – überschatten seit geraumer Zeit das globale Wirtschaftsleben. Bei der Rahmensetzung der IW-Winterprognose wurde auf die Unsicherheiten und Herausforderungen im Gefolge weltpolitischer Ereignisse verwiesen (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2021, S. 8): „Die Engpässe im Bereich der Halbleiter und Energierohstoffe und die damit verbundenen Angebotsschocks sind teilweise ebenso Ausdruck geoökonomischer Machtspiele. Geopolitik bleibt ein Konjunkturrisiko – neben den langfristigen Implikationen für die Wachstumspotenziale.“

Trotz dieser sichtbaren Konjunkturrisiken bestand zum Jahresende 2021 eine hohe Zuversicht auf eine Realisierung der Normalisierungs- und Erholungspotentiale nach zwei Jahren Pandemie. Dies signalisierten ausnahmslos verschiedene Unternehmensbefragungen und Konjunkturprognosen. Gemäß Consensus Forecasts (Consensus Economics, 2022) wurde zum Jahresende 2021 im Durchschnitt der Prognosen davon ausgegangen, dass das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2022 das Vorjahresergebnis um 4 Prozent übertreffen werde. Damit wäre das Vorkrisenniveau wieder überschritten worden.

Jedoch haben sich diese guten Aussichten mit dem Krieg in der Ukraine erheblich verdunkelt – im Durchschnitt der von Consensus Forecast berücksichtigten Prognosen wurde gemäß der Auswertung vom April 2022 bereits eine Korrektur gegenüber den Dezember-Prognosen in einer Größenordnung von knapp 2 Prozentpunkten vorgenommen. Das allein entspricht schon einem realen Wertschöpfungsausfall – gegenüber der zum Jahresende 2021 begründeten Erwartung – von rund 70 Milliarden Euro in diesem Jahr. Die Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft vom Frühjahr 2022 signalisiert zwar, dass ein gesamtwirtschaftlicher Einbruch in diesem Jahr derzeit nicht zu erwarten ist. Das liegt aber daran, dass die hohen Aufholbedarfe im Dienstleistungssektor – aufsetzend auf einer schwachen und von der Corona-Pandemie geprägten Ausgangsbasis – den rezessiven Tendenzen der Industrie und der Bauwirtschaft entgegenwirken (Grömling, 2022a).

Von zentraler Bedeutung bei der Einschätzung und Bewertung der Kriegsfolgen ist, dass die mit dem Überfall Russlands auf sein Nachbarland bereits eingetretenen und sich im Weiteren abzeichnenden Anpassungslasten auf eine makroökonomische Ausgangslage in Deutschland aufsetzen, die angeschlagen ist (Grömling et al., 2022; Grömling, 2022b). Bereits vor dem Krieg bestehende Beeinträchtigungen in den Geschäftsabläufen der Unternehmen und in den marktwirtschaftlichen Transaktionen werden nun verstärkt. Der Krieg schockt kein Gleichgewicht, also eine einigermaßen rund laufende Volkswirtschaft, sondern er beeinträchtigt zusätzlich eine nach wie vor auf der Angebotsseite sowie auf der Nachfrageseite belastete Ökonomie. Dazu kommt, dass auch ohne die Kriegslasten zu befürchten ist, dass es auf längere Zeit zu einem schwachen Wirtschaftswachstum und gleichzeitig höheren Inflationsraten in Deutschland kommen wird (Hüther, 2021; Demary/Hüther, 2022). Ursächlich für diese Stagflation sind die langfristigen Auswirkungen der demografischen Entwicklung, der Klimapolitik sowie der sich im Wandel befindlichen internationalen Arbeitsteilung zum einen auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial und zum anderen auf die Preisentwicklung. Auch dies muss bei der Bewertung der aktuellen Ereignisse berücksichtigt werden.

Der Krieg in der Ukraine wirkt vorwiegend über die folgenden Übertragungswege auf die – noch von der Pandemie geprägten und bereits von den langfristig anstehenden Transformationen und Strukturveränderungen bestimmten – Geschäftslage der deutschen Unternehmen ein (Grömling, 2022b; Scheuerle, 2022):

1. **Produktionsschock:** Eingeschränkte oder vollständig ausbleibende Zulieferungen von Vorleistungen oder Rohstoffen aus der Krisenregion und aus anderen Ländern/Regionen aufgrund global steigender Knappheiten oder zusätzlich eingeschränkter Logistik im internationalen See- und Bahnverkehr verschärfen die bestehenden Produktionsprobleme in arbeitsteiligen Wertschöpfungsketten. Das Ausmaß dieses Angebotsschocks hängt von den kurzfristigen Substitutionsmöglichkeiten ab. Zu den Produktionsstörungen gehört auch das Geschäftsrisiko, dass internationale Mitarbeiter (etwa in der Bau- oder Transportwirtschaft), nicht mehr zur Verfügung stehen und bestehende Fachkräfteengpässe verschärft werden.
2. **Kostenschock:** Neben diesem Mengenproblem schaffen höhere Kosten für Vorleistungen und Rohstoffe/Energie zusätzliche Herausforderungen. Es wurde bereits auf die stark angestiegenen

Produzentenpreise verwiesen. Selbst wenn Firmen nicht durch direkte Vorleistungsengpässe oder vollständige Ausfälle betroffen sind, so kann sich ihre Kostenkalkulation und Wettbewerbsfähigkeit über insgesamt höhere Energie- oder Erzeugerpreise verschlechtern. In Teilen der Volkswirtschaft ist eine Weitergabe dieser stark ansteigenden Kosten an die Kunden nicht möglich, sodass Ertragsrückgänge drohen.

3. **Nachfrageschock:** Das höhere Preisniveau auf der Erzeuger- und Verbraucherebene belastet unmittelbar die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Dazu kommen mögliche Struktur- und Reallokationseffekte infolge des hohen Preisniveaus. Verunsicherungen verstärken diese negativen Nachfrageimpulse. Die eingeschränkten oder wegfallende Absatzmöglichkeiten in der direkten Krisenregion sowie die schwächere Weltwirtschaft beeinträchtigen zudem die Exporttätigkeit der deutschen Wirtschaft.

Im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2022 wurde eine Zusatzfrage auf einen Teil dieser möglichen Übertragungswege des Krieges in der Ukraine auf die Geschäftsabläufe der Unternehmen in Deutschland ausgerichtet (siehe hierzu Grömling/Bardt, 2022). Dies ermöglicht eine aktuelle und qualitative Einschätzung hinsichtlich der potenziellen Belastungen für Unternehmen infolge des Krieges in der Ukraine: Demnach sehen sich vier von fünf Unternehmen kurzfristig bereits durch hohe Energiepreise in starkem und mittlerem Ausmaß belastet. Mehr als zwei von fünf Betrieben erwarten, dass sie kurzfristig in ihren Geschäftsabläufen durch ausfallende Lieferungen von Vorleistungen oder drohende Engpässe in der Energieversorgung beeinträchtigt werden. Bei 30 Prozent der Firmen sorgen fehlende Mitarbeiter aufgrund des Krieges und seiner Folgewirkungen für Störungen der Geschäftsabläufe. Die IW-Umfrage zeigt zudem, dass die Unternehmen von zunehmenden angebotsseitigen Belastungen im Jahresverlauf 2022 ausgehen.

Diese Ergebnisse und andere Umfragen liefern eine zeitpunktbezogene Einschätzung und Bewertung gemäß der spezifischen Ausgangslage in den jeweiligen Unternehmen und der bestehenden und erwartbaren geopolitischen Rahmenbedingungen. Trotz der deutlichen Aussagen solcher mikroökonomischen Erhebungen bleiben die ökonomischen Unsicherheiten für die Unternehmen bestehen. Das gilt ebenfalls für die Unsicherheiten bei der Einschätzung und Bewertung der mit dem Krieg einhergehenden Risiken und ihren makroökonomischen Folgen durch Ökonomen. Prognosen geben Orientierung auf Basis der ihnen zugrundeliegenden Setzungen – die Unsicherheiten selbst verringern sie aber nicht.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Konjunkturprognosen für Deutschland infolge des im Februar 2022 begonnen Krieges bereits deutlich korrigiert wurden. Je nach Bezugspunkt (Februar 2022 oder Dezember 2021) belaufen sich die Revisionen gemäß Consensus Forecasts in einer Größenordnung von 1,5 bis 2 Prozentpunkten. Dies trägt vorwiegend den derzeit erwarteten Beeinträchtigungen über die aufgezeigten Transmissionskanäle Rechnung.

Von besonderer Bedeutung sind jedoch mögliche Ausfälle von Produktionsfaktoren, die kurzfristig schwer oder möglicherweise überhaupt nicht ersetzt werden können. Dies wird vor allem für Gaslieferungen aus Russland diskutiert. Bei Öl und Kohle scheinen Ersatzlösungen mehr und mehr ihre Wirkung zu entfalten. Aber auch mit Blick auf andere natürliche Rohstoffe, die in industriellen Fertigungsprozessen eine wichtige Bedeutung haben (Kolev, 2022), können sich ernsthafte und kurzfristig nicht behebbare Produktionsprobleme stellen. Auf Basis von Modellrechnungen der unterschiedlichsten Art – siehe hierzu beispielsweise Bachmann et al. (2022), SVR (2022), Gemeinschaftsdiagnose (2022), Deutsche Bundesbank (2022), Krebs (2022) – sollen Orientierungen und Größenordnungen für die makroökonomischen Effekte von bestimmten Schocks gewonnen werden. Vorrangig wurden hier Simulationen für einen Stopp russischer Gaslieferungen nach

Europa durchgeführt. Dabei ist zunächst auch darauf zu achten, ob sich die jeweiligen Ergebnisse auf ein bestimmtes Jahr oder auf mehrere Jahre und den gesamten Anpassungsprozess beziehen.

- Im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose (2022) wurde berechnet, in welchem Ausmaß eine Unterbrechung der Gasversorgung aus Russland die deutsche Wirtschaft treffen könnte. Dabei fallen die zusätzlichen Belastungen – gemessen an der jahresdurchschnittlichen Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) – im Jahr 2023 erheblich höher aus als 2022. Gemäß dieses Alternativszenarios werden ab dem Jahreswechsel 2022/2023 für vier Monate nicht mehr alle industriellen Verbraucher im gewohnten Umfang mit Gas beliefert, was dann insbesondere im ersten Halbjahr 2023 zu einem erheblichen Einbruch vor allem in der Industrie führt. Infolge einer solchen Eskalation mit unterbrochener Gaslieferung aus Russland folgt gegenüber der Basisprognose für 2022 eine Korrektur um -0,8 Prozentpunkte und für 2023 in Höhe von -5,3 Prozentpunkten.
- Die auf Basis von unterschiedlichen Modellen durchgeführten Simulationsrechnungen der Deutschen Bundesbank (2022) zeigen, dass es infolge eines verschärften Risikoszenarios (mit einer drastischen Reduktion der Energieeinfuhren aus Russland) zu einer zusätzlichen Prognoserevision in einer Größenordnung von 3 Prozentpunkten im Jahr 2022 kommen kann. Insgesamt beläuft sich in diesem Eskalationsfall die gesamte Prognosekorrektur infolge des Krieges in der Ukraine für Deutschland im Jahr 2022 auf rund 5 Prozentpunkte.

Beide Modellrechnungen kommen allein für das Jahr 2022 zu einem insgesamt deutlich abweichenden Befund – obwohl beide Krisenszenarien eine erhebliche Einschränkung in der Gasversorgung beschreiben: Gemäß Gemeinschaftsdiagnose wächst das reale Bruttoinlandsprodukt angesichts dieser erheblichen Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in diesem Jahr noch um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dagegen kommt die Simulation der Deutschen Bundesbank zu einem Rückgang des realen BIP gegenüber dem Jahr 2021 in Höhe von knapp 2 Prozent. Die Simulationen von Krebs (2022) zeichnen weitaus stärkere Einbrüche – von bis zu 12 Prozent im Jahr 2022.

Auch vor dem Hintergrund solcher erheblich unterschiedlichen Befunde fand zuletzt eine ausgeprägte Diskussion über die Aussagekraft von makroökonomischen Modellrechnungen für derartige Krisensituationen und Extremfälle statt (Grimm et al., 2022; Hüther, 2022; Krebs, 2022; IMK, 2022).

Auf der einen Seite steht das Argument, dass für politische Entscheidungen – ob Deutschland ein Gasembargo gegenüber Russland durchsetzen soll, um die Finanzierungsmöglichkeiten des Krieges durch Russland zu schwächen und damit die humanitäre Katastrophe zu beenden – eine Orientierung zu den ökonomischen Folgewirkungen und Opportunitätskosten vorliegen sollte.

Auf der anderen Seite wird angeführt, dass Modellrechnungen diese Kosten und Anpassungslasten nicht vollumfänglich zum Ausdruck bringen können. Demnach besteht etwa die Gefahr von schwer kalkulierbaren kurz- und langfristigen wirtschaftlichen Schäden in Deutschland, die wiederum die ökonomische Basis für ein politisches und militärisches Dagegenhalten schwächen können. Es geht bei dieser Fachdiskussion nicht darum, was moralisch geboten ist. Der Krieg ist furchtbar, aber es muss ihm auch effektiv begegnet werden. Folgende Aspekte sind zu beachten (Hüther, 2022):

- (1) Die Zusatzlasten des Krieges treffen nicht auf eine Wirtschaft im Normalzustand oder im modelltheoretischen Gleichgewicht. Der Kriegsschock verstärkt bestehende Probleme, wie die Knappheit von Vorleistungen mit all ihren Nebenwirkungen (etwa die Preiseffekte).
- (2) Grundsätzlich ist auf die Kritik von Robert Lucas (1976) zu verweisen, wonach Modellanalysen in Zeiten eines umfassenden Strukturbruchs darunter leiden können, wenn die vergangenheitsfundierten Funktionsparameter ihren Aussagewert verlieren. Anpassungsreaktionen auf einer solchen Basis vorzunehmen ist unweigerlich mit einer unrealistischen Vergangenheits-Zukunfts-Symmetrie belastet.
- (3) Makromodelle beruhen auf marginalen Preiselastizitäten der Nachfrage, die wiederum empirisch aus vergangenen Schocks abgeleitet werden. In normalen Krisen bewirkt beispielsweise eine Angebotsveränderung, dass die daraus resultierenden Preiserhöhungen zu Nachfragereaktionen führen. Bei einem vollständigen und abrupten Gasembargo wäre das Angebot aber Null und der Preisvektor irrelevant.
- (4) Produktionseinschränkungen aufgrund eines Gasembargos oder eines Ausfalls anderer Ressourcen lösen neben den Preiseffekten auch Suchprozesse nach alternativen Lösungen aus. Über die für eine solche Extremsituation relevanten Substitutionselastizitäten liegen allerdings keine validen empirischen Befunde vor (Fremerey/Gerards Iglesias, 2022). Studien aus dem Ausland oder einem anderen intertemporalen Kontext helfen wegen der spezifischen Situation eines rationierten Angebots und wegen der angebotsseitigen Spezialisierung in den Volkswirtschaften nicht weiter. Eine anschauliche Situation zeigte sich etwa im vergangenen Jahr in der Automobilindustrie im Gefolge fehlender Halbleiter. Der verbleibende Mangel konnte nicht substituiert werden und entsprechend wurden komplette Automobilwerke für längere Zeit geschlossen. Gemäß BDEW (2022) ist das Substitutionspotenzial in der Industrie bei einem Gasembargo sehr begrenzt – vor allem, wenn Gas zur Prozesswärmeerzeugung eingesetzt wird (siehe auch Fischer et al., 2022). Dazu müssten etwa neue Kapazitäten zum Import von Flüssiggas (LNG) aufgebaut werden. Es besteht zwar eine Pipeline-Anbindung an niederländische und belgische LNG-Terminals, deren freie Kapazitäten mitgenutzt werden können. Über eigene LNG-Terminals verfügt Deutschland bislang nicht und der Aufbau von ausreichenden Kapazitäten wird Jahre in Anspruch nehmen. Zum Jahreswechsel sollen schwimmende Terminals auf Schiffen LNG-Kapazitäten zur Verfügung stellen, allerdings zu hohen Kosten, zumal dann auch noch eine Leitungsanbindung benötigt wird.
- (5) Die deshalb realistischerweise kurz- bis mittelfristigen Produktionseinschränkungen verursachen über vielfältige Wertschöpfungsnetze und Zulieferketten erhebliche gesamtwirtschaftliche Schäden (Kaskadeneffekte), deren Größe allenfalls näherungsweise abzuschätzen sind (Deutsche Bundesbank, 2022; Krebs, 2022). Die dafür einsetzbaren Input-Output-Tabellen sind mit methodischen Problemen ebenso konfrontiert wie bei der Umsetzung in makroökonomische Größen.
- (6) In den Makromodellen sind die Effekte einer konjunkturellen Verstärkung, ausgelöst durch ein Gasembargo, nicht abbildbar. Deshalb wird zudem unterstellt, dass Geld- und Fiskalpolitik alle weiteren rezessiven Belastungen ausgleichen können. Ebenso begrenzt eine statische Analyse die Berücksichtigung von Arbeitsmarkteffekten und deren Folgen.

Vor dem Hintergrund der angesprochenen Limitationen bei der Schätzung und Modellberechnung der Auswirkungen einer erheblichen Verschlechterung der geoökonomischen Rahmenbedingungen (etwa Rationierungen bei der Gasversorgung) wird in der vorliegenden Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft ausschließlich eine Basisprognose definiert und vorgelegt. Zum Prognosezeitpunkt Anfang Mai 2022 wird davon ausgegangen, dass die Gasversorgung in Deutschland im gesamten Prognosezeitraum gewährleistet werden kann – also auch die industriellen Produktionsprozesse durchgehalten werden können. Die Versorgung des Privatsektors und kritischer Infrastrukturen wird als vorrangig angenommen. Es wird gleichwohl unterstellt, dass die industrielle Produktion weiterhin nicht reibungslos läuft und in Teilen

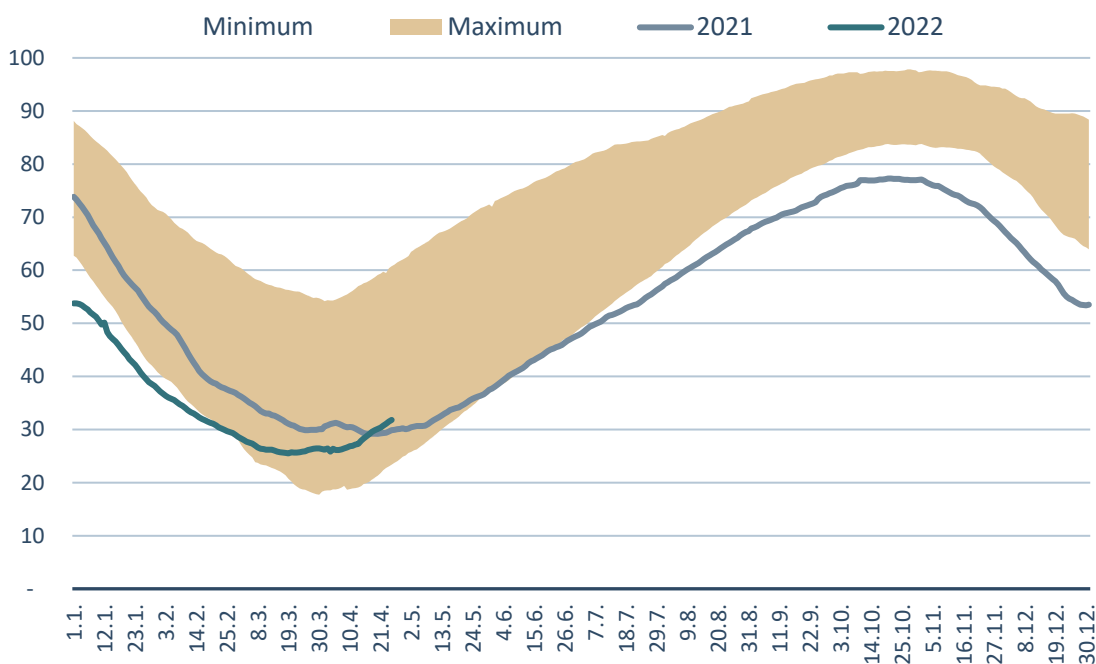
Materialengpässe in der Industrie und in der Bauwirtschaft die konjunkturelle Dynamik bremsen. Das wäre auch ohne den Krieg der Fall gewesen, der Lieferstress nimmt insgesamt aber nochmals zu. Die derzeit hohen Restriktionen in China bergen weiterhin die Gefahr von globalen Produktionsstörungen. Es wird in der vorliegenden Konjunkturprognose kein Alternativszenario für eine erheblich stärkere Beeinträchtigung der kurzfristigen Produktionsmöglichkeiten – etwa durch eine rationierte Gasversorgung und andere Rohstoffausfälle – entworfen. Vielmehr erscheint uns eine fallweise und begründete Anpassung der Basisprognose an wesentliche Änderungen des geoökonomischen Umfeldes und bei besser absehbaren Auswirkungen auf die vielfältigen und arbeitsteiligen Produktionsprozesse naheliegend.

2 Preisdruck auf breiter Front

Preisschocks für Energierohstoffe, Lebensmittel und Agrarprodukte sowie für industrielle Rohstoffe sorgen für erheblichen Inflationsdruck, auf den die Europäische Zentralbank reagieren muss. Um die Inflationserwartungen zu stabilisieren und Zweitrundeneffekte der Energiepreisinflation abzumildern, ist eine geldpolitische Straffung zu erwarten. Während höhere Leitzinsen der nachfragebedingten Inflation in den USA entgegenwirken, würden sie im Euroraum das Rezessionsrisiko erhöhen.

Abbildung 2-1: Füllstand der Gasspeicher in Europa

Aktueller Füllstand in Prozent der gesamten Kapazität



Minimum und Maximum beziehen sich auf die Jahre 2011 bis 2020.

Quellen: Macrobond; Institut der deutschen Wirtschaft

Ein kritischer Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa stellt die Gasversorgung dar. So hat Russland bereits die Lieferungen nach Polen und Bulgarien beendet, was schon zu höheren Gaspreisen geführt hat. Abbildung 2-1 zeigt die Gasspeicherzyklen der vergangenen Jahre in Europa. Diese werden als prozentualer Anteil der aktuellen Kapazität an der vorhandenen Kapazität gemessen. Der Füllstand der Gasspeicher sinkt üblicherweise bis Ende März, wenn die Heizperiode endet. Dann werden die Speicher bis Mitte Oktober

wieder gefüllt und sinken mit Beginn der Heizperiode. Die Gasspeicherzyklen fallen hinsichtlich ihrer Amplitude unterschiedlich aus. In den Jahren von 2011 bis 2020 ergab sich eine Schwankungsbreite von minimal 13 Prozentpunkten im Herbst bis 38 Prozentpunkten im Frühjahr. Der Gasspeicherzyklus geriet ab Juli 2021 aus dem Takt. Das bisherige Minimum wurde ab dann für den Rest des Jahres deutlich unterschritten. Am 1. Januar 2022 lag der Füllstand um 9 Prozentpunkte unterhalb seines bisherigen Minimums von 63 Prozent. Aktuell nimmt die Füllmenge des Gasspeicher wieder zu und liegt im üblichen Schwankungsbereich. Hinsichtlich der Spannungen zwischen der EU und Russland und dem aktuellen Lieferstopp von russischem Gas an Polen und Bulgarien ist der aktuelle Füllstand von 32 Prozent aber als sehr niedrig anzusehen. Dies verkürzt den Zeitraum, für den Deutschland im Falle eines Gas-Lieferstopps seitens Russlands oder auch infolge eines Embargos von deutscher Seite die Versorgung der Gasverbraucher aufrechterhalten kann.

Diese Knappheit und Verunsicherungen über die zukünftige Gasversorgung haben zu starken Preiserhöhungen bei Gas geführt. Deutliche Preissteigerungen zeigen sich aber auch bei anderen Energieträgern (Tabelle 2-1). Während die Börsenpreise für Kohle, Rohöl, Diesel, Benzin, Heizöl, Kerosin, Erdgas und Uran in der Zeit vom 1.1.2015 bis zum 31.12.2019 noch durch negative durchschnittliche Jahresveränderungsraten gekennzeichnet waren, zeigte sich in der Zeit von Beginn der Covid-19-Pandemie bis zum Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine eine Trendumkehr mit positiven Jahresveränderungsraten. Dieser Trend hat sich seit dem Angriff Russlands am 24.2.2022 noch zusätzlich verschärft. Die Preise für Kohle und Schweröl sind gegenüber dem Vorjahr um über 300 Prozent gestiegen, die Preise für Erdgas sogar um über 400 Prozent. Es haben sich aber nicht nur fossile Energieträger verteuert. Auch der Preis für Uran ist um 55 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, sodass damit zu rechnen ist, dass sich auch Elektrizität stark verteuern wird.

Tabelle 2-1: Preissteigerungen verschiedener Energieträger

Jahresdurchschnittliche Veränderungsraten in Prozent

	1.1.2015 bis 31.12.2019		1.1.2020 bis 23.3.2022		24.2.2022 bis 27.4.2022	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
Kohle	-4,1	-8,1	39,7	34,4	361,1	358,7
Rohöl	-8,2	-3,2	7,6	7,4	66,4	65,6
Schweröl	6,0	7,9	20,4	5,2	387,4	410,6
Diesel	-6,6	-3,9	2,5	0,7	110,8	112,9
Benzin	-7,8	-5,6	12,8	12,0	61,5	62,4
Heizöl	-6,8	-3,4	6,1	4,1	94,0	96,1
Kerosin	-5,1	-6,7	4,5	1,7	41,8	41,4
Erdgas	-6,0	-3,3	70,4	87,6	442,6	439,1
Uran	-4,9	-4,2	17,2	20,6	68,2	55,4

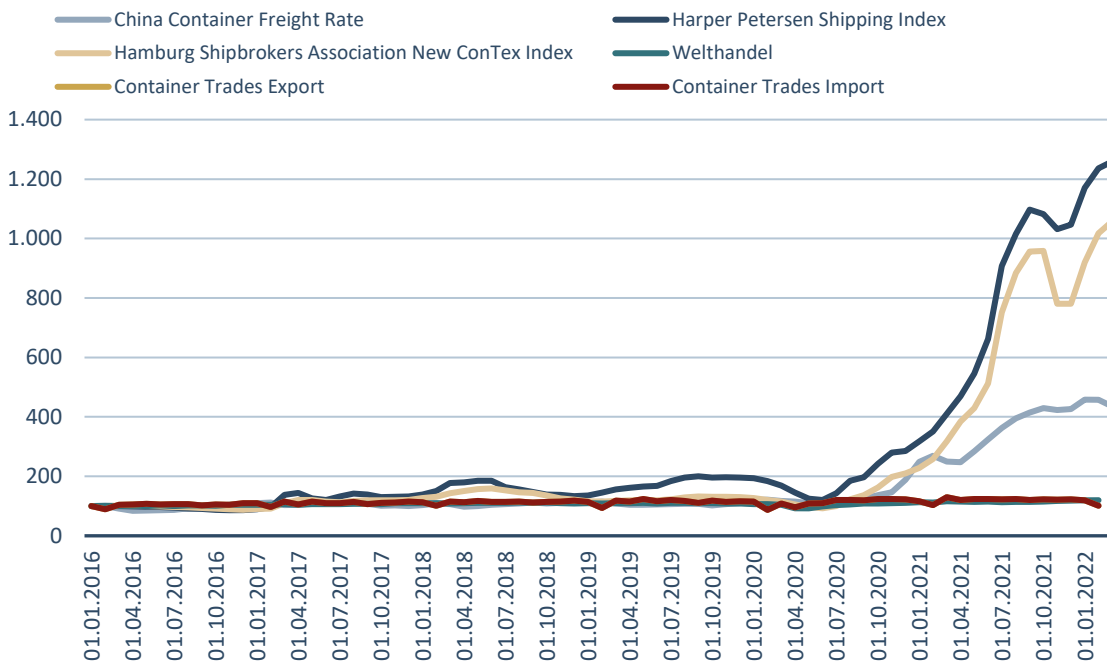
Quellen: Macrobond; Institut der deutschen Wirtschaft

Angebotsseitige Preissteigerungen sind aber auch durch die Pandemie im Allgemeinen (Bardt et al., 2021) und derzeit besonders durch die Null-Covid-Strategie der chinesischen Regierung bedingt. Denn China hat zur Pandemiebekämpfung nicht auf großangelegte Impfkampagnen gesetzt, sondern verübt Lockdowns und

Ausgangssperren selbst bei einer nur geringen Anzahl von neuen Covid-Fällen. Durch gesperrte Häfen kommt es zu Lieferverzögerungen und Containerstaus, die mehrere Monate anhalten, da selbst bei 24-Stunden-Schichten die Container nur sehr langsam abgearbeitet werden können. Aus diesem Grund sind die Frachtraten extrem stark gestiegen. Es zeigt sich eine Entkopplung der Entwicklung der Frachtraten von den Handelsindikatoren (Abbildung 2-2).

Abbildung 2-2: Welthandel und Frachtraten

Indizes mit Basis Januar 2016 = 100



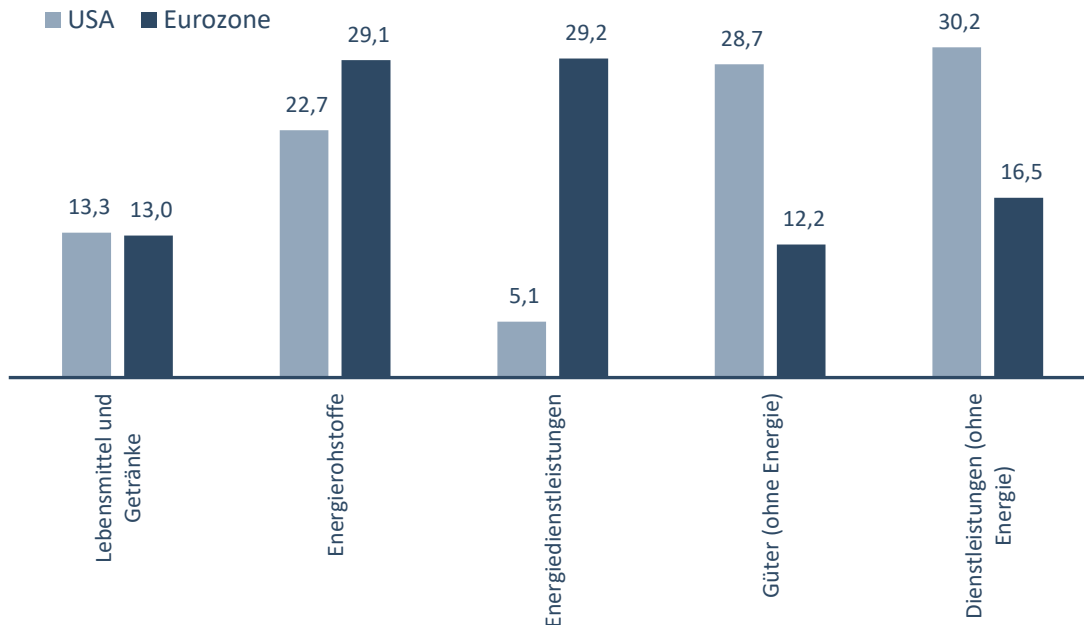
Bis auf China Container Freight Rate beziehen sich alle anderen Angaben auf die Welt.

Quellen: Macrobond; Institut der deutschen Wirtschaft

Vor dem Hintergrund der dargestellten Preistrends zeigt Abbildung 2-3 die unterschiedlichen Inflationstreiber in der Eurozone und den USA. In beiden Regionen trägt die Preisentwicklung von Lebensmitteln in Höhe von 13 Prozent zur gesamten Inflationsentwicklung bei. Es zeigen sich aber deutliche Unterschiede bei dem Beitrag der Preise für Energie gegenüber Gütern und Dienstleistungen mit geringem Energiebedarf: Während in den USA jeweils rund 30 Prozent der Inflationsentwicklung auf die Preisentwicklung von Gütern und Dienstleistungen mit geringem Energiegehalt zurückzuführen sind, tragen diese Güter nur zu 12 Prozent zur Inflation in der Eurozone bei. Dienstleistungen mit wenig Energiebedarf steuern in der Eurozone gut 16 Prozent zur gesamten Inflationsentwicklung bei. In der Eurozone tragen die Preisentwicklungen für Energierohstoffe und Energiedienstleistungen zu jeweils 29 Prozent zur Inflationsentwicklung bei. In den USA sind dies hingegen nur 23 Prozent bei Energierohstoffen und 5 Prozent bei Energiedienstleistungen. An diesen Zahlen zeigt sich, dass die Konjunkturprogramme der USA, die auf eine Stimulierung der Nachfrage abzielten, zu einer Überhitzung geführt haben, die sich vor allem in der Preisentwicklung von Gütern und Dienstleistungen niederschlägt. Diese scheint aktuell aber beendet zu sein, sodass die Inflationsraten hier möglicherweise einen Hochpunkt erreicht haben. In der Eurozone zeigt sich hingegen, dass die Inflation vor allem durch gestiegene Energiepreise getrieben wird, während die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen hier keine Überhitzung anzeigt.

Abbildung 2-3: Inflationsbeiträge in der Eurozone und den USA

Beiträge der Gütergruppen zur gesamten Inflationsrate im März 2022 in Prozent



Quellen: Bureau of Labor Statistics; Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft

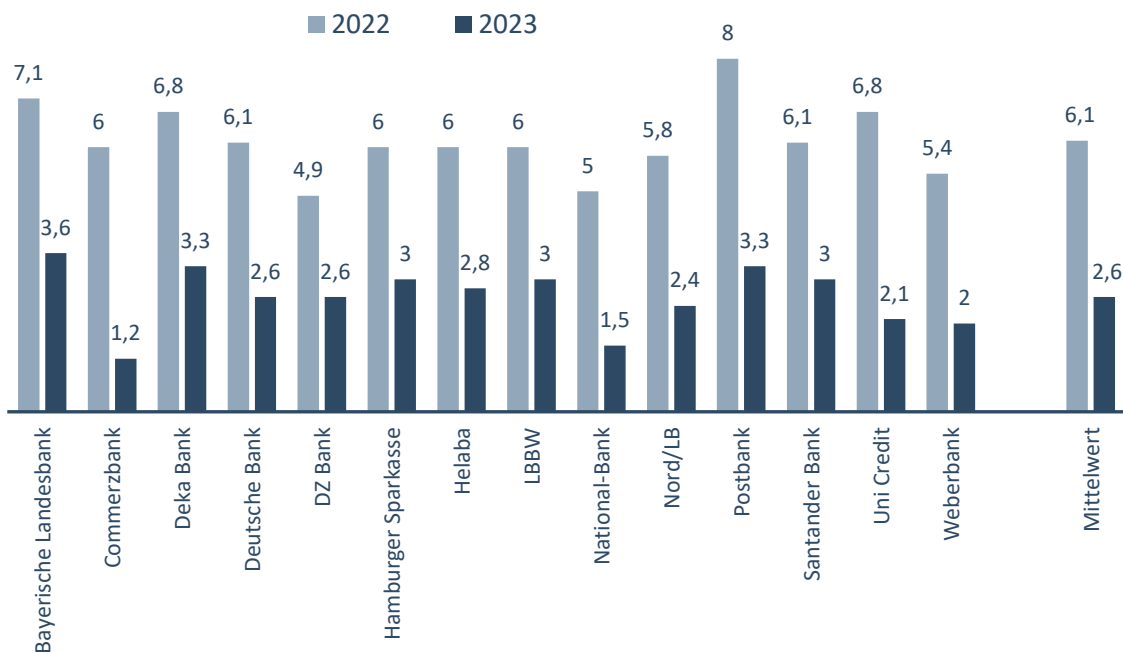
Durch gestiegene Frachtraten, gestiegene Energiepreise und eine Knappheit bei Düngemitteln hat sich auch die Produktion von Lebensmitteln sehr stark verteuert. Seit Beginn der Pandemie sind die Getreidepreise nach einer längeren Phase der Seitwärtsbewegung stark gestiegen. Durch den Krieg in der Ukraine ist mit einem weiteren Anziehen des Weizenpreises zu rechnen, da die Ukraine zu einem der wichtigsten Anbauländer von Weizen zählt. Dadurch verteuert sich auch die Futtermittelherstellung, was zu höheren Preisen für Milch, Milchprodukte und Fleisch führt.

Die im Rahmen des IW Financial Expert Surveys befragten Banken gehen für das Jahr 2022 im Durchschnitt von einer Inflationsrate von 6,1 Prozent im Euroraum aus (Abbildung 2-4). Diese Prognosen schwanken von 4,9 Prozent bis 8,0 Prozent. Da sich hier deutliche Abweichungen vom Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) zeigen, gehen die befragten Experten von mehreren Leitzinserhöhungen noch in diesem Jahr aus. EZB-Ratsmitglied Martin Kazaks hat bereits gegenüber Bloomberg auf eine Leitzinserhöhung im Juli 2022 hingedeutet (Randow/Eglitis, 2022). An den Renditen für Staatsanleihen ist bereits zu erkennen, dass die Finanzmärkte von höheren Zinsen ausgehen. Aufgrund der politischen Notwendigkeit einer Wegorientierung von billigem russischem Gas hin zu teurerem US-amerikanischem Flüssiggas ist mit einer höheren Energiepreisinflation in diesem und dem nächsten Jahr zu rechnen. Gleichwohl gehen die befragten Experten im Durchschnitt von einer Inflationsrate im Euroraum von 2,6 Prozent für das Jahr 2023 aus. Dabei reichen die individuellen Prognosen von 1,2 Prozent bis 3,6 Prozent. Dieser Rückgang der Inflationserwartungen ist mit der Erwartung an eine geldpolitische Bremsung verbunden. Zwar kann die EZB den hohen Energiepreisen und den Lieferengpässen infolge der Lockdown-Strategie Chinas lediglich über den Wechselkurs entgegenwirken. Doch kann sie weitere zinsensensitive Teile der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, wie die Nachfrage nach Immobilien oder die Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen abbremsen, wodurch sich die Rezessionsgefahren erhöhen. Die Zinsen für Immobilienkredite haben sich bereits erhöht, sodass hier über geringere Preissteigerungen für selbstgenutzte Immobilien und geringere Mietpreissteigerungen auch die

Steigerung der Lebenshaltungskosten abgebremsst werden kann. Zudem kann über höhere Zinsen für Konsumentenkredite die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern wie Autos oder Möbeln gebremst werden. Unter dieser Annahme über die geldpolitischen Reaktionen kann mit einer Inflationsrate im Euroraum von 6,1 Prozent in diesem Jahr und von 2,6 Prozent für das kommende Jahr gerechnet werden. Für Deutschland gehen die Experten im Durchschnitt von einer Inflationsrate von 6,1 Prozent in diesem Jahr und von 3,2 Prozent im folgenden Jahr aus.

Abbildung 2-4: Inflationserwartungen für den Euroraum

Ergebnisse des IW Financial Expert Survey; Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft

Auch wenn mit einer geldpolitischen Straffung zu rechnen ist, so findet diese in einem Umfeld von aktuell negativen Einlagenzinsen für Banken statt. Eine Leitzinserhöhung würde die Phase negativer Zinsen somit beenden, aber trotzdem noch für ein Umfeld von Zinsen leicht über null Prozent führen, sodass die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Investitionen immer noch günstig sind.

3 Weltwirtschaft im Schatten des Ukraine-Kriegs

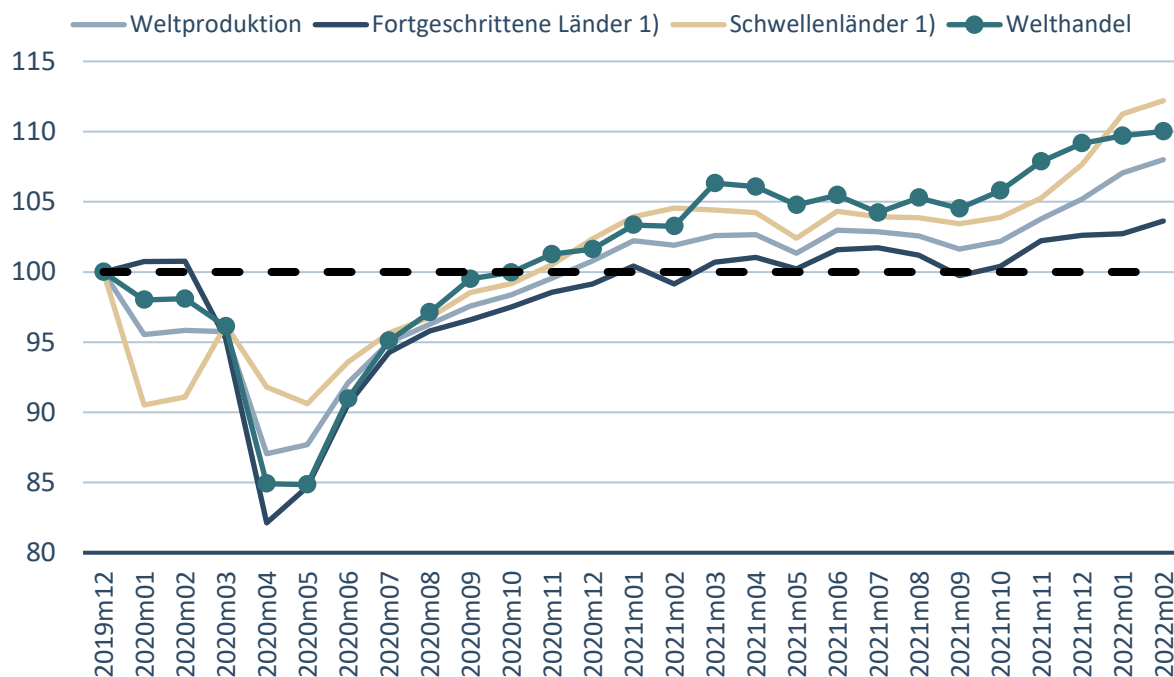
Die globale konjunkturelle Erholung zeigte sich bis zum Ausbruch des Ukraine Krieges trotz erneuter Infektionswellen und weiterhin bestehenden Lieferengpässen robust. Der Ausbruch des Krieges hat die Lieferkettenproblematik und vor allem die bereits hohe Preisdynamik verschärft. Im aktuellen makroökonomischen Umfeld großer Energiepreisschocks wird von einem realen Weltwirtschaftswachstum von 3 ½ Prozent in diesem Jahr und 3 ¼ Prozent im Jahr 2023 ausgegangen. Das Wachstum des Welthandels fällt mit 3 ½ Prozent in diesem Jahr und 3 Prozent im Jahr 2023 ebenfalls deutlich schwächer aus als zum Jahresende 2021 erwartet.

Vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine zeigte sich die weltweite konjunkturelle Erholung robust. Sie setzte sich trotz des Wiederauflebens der Pandemie bis zum Februar 2022 fort. Allerdings bleibt die

weltwirtschaftliche Dynamik mit zahlreichen Unsicherheiten behaftet. Hierfür sorgen sowohl die andauernden Engpässe in den globalen Lieferketten als auch die hohen Rohstoff- und Energiepreise, welche die Produktionsseite nachhaltig belasten. Die Stärke beim globalen Wachstum im Jahr 2021 war stellenweise auch auf günstige Basiseffekte – nach den starken Einbrüchen im Jahr 2020 – zurückzuführen. Diese konjunkturellen Sonder- und Erholungseffekte liefen bis Ende 2021 aus. Die ökonomischen Auswirkungen der Pandemiewellen fallen aber im Schnitt zunehmend geringer aus. So hatte die Omikron-Welle zwar zu dem höchsten Anstieg bei den Neuinfektionen geführt, allerdings zu weniger Todesfällen als in vorherigen Corona-Wellen und somit weniger stark einschränkende Lockdownmaßnahmen (mit einigen Ausnahmen wie China) als auch weniger freiwilligen Einschränkungen bei den Haushalten wie einige Echtzeitindikatoren andeuten (z. B. der Verlauf des OECD BIP Trackers).

Abbildung 3-1: Dynamik von Weltwirtschaft und Welthandel

Produktion und realer Welthandel, saisonbereinigte Werte; Index Dezember 2019 = 100



1) Industrieproduktion (ohne Bausektor).

Quellen: CPB; Institut der deutschen Wirtschaft

Die **globale Industrieproduktion** ist zuletzt stark angestiegen und liegt am aktuellen Datenrand von Februar 2022 etwa 8 Prozent über dem Vorkrisenniveau Ende 2019. Sie ist aber zunehmend von regionaler Heterogenität geprägt (Abbildung 3-1). Einerseits ist die Industrieproduktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften seit dem Juli 2021 um gut 2 Prozent gestiegen. Andererseits hat sie in den Schwellenländern noch einmal kräftig um rund 8 Prozent im selben Zeitraum zugelegt, nachdem sie bis zum Oktober 2021 zunächst nicht von der Stelle kam. Die pandemische Situation hatte sich in den aufstrebenden Volkswirtschaften im Laufe des Jahres 2021 verschlechtert, sodass die wirtschaftliche Aktivität stärker belastet war. Der **globale Welthandel** konnte ebenfalls trotz erneuter Lockdown Maßnahmen seit dem Juli 2021 um 5,6 Prozent zulegen und liegt zu Beginn des Jahres 2022 um 10 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Allerdings zeigte sich im Januar 2022 bereits, dass das Wachstum vor allem von den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und dem Euroraum getragen wurde, wohingegen China mittlerweile einen negativen Wachstumsbeitrag zum

Welthandel leistet. Große Herausforderungen im Jahr 2021 waren der Übergang von einer bisher stark durch expansive Fiskal- und Geldpolitik getragenen wirtschaftlichen Erholung hin zu einer widerstandsfähigen Volkswirtschaft mit ausreichend privater Nachfrage sowie das Aufrechterhalten der Staatsschulden tragfähigkeit in hoch verschuldeten Ländern.

Der Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24.02.2022 belastet die Aussichten für die Weltwirtschaft und bringt große geoökonomische Unsicherheit mit sich. Die Unsicherheiten über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges sind zum jetzigen Zeitpunkt extrem hoch. Sie hängen maßgeblich von der Dauer des Krieges, der Wirkung der bereits verhängten Sanktionen sowie möglicher weiterer Eskalationsstufen von beiden Seiten ab, wie etwa einem möglichen Stopp der russischen Erdgaslieferungen oder einem Übertreten des Konflikts ins NATO-Gebiet. Die derzeitige Lage birgt insgesamt das erhebliche Risiko einer geringeren Wirtschaftsleistung und höherer Inflation.

Um der Komplexität der derzeitigen Lage Rechnung zu tragen, wird bei der Auslandsprognose in drei Schritten vorgegangen. Zuerst wird ein Basisszenario vorgestellt. Hier werden im Vergleich zur letzten IW-Prognose vom Winter 2021 die zwischenzeitlichen Entwicklungen berücksichtigt und aufgrund des Ukraine-Krieges eine deutliche Revision nach unten vorgenommen. In einem zweiten Schritt wird der derzeitige Prognosestand ausgewählter Forschungsinstitute überblicksartig dargestellt, um die potenziellen Abschlagsszenarien bei einer weiteren Eskalation der derzeitigen Lage aufzuzeigen und Orientierung zum aktuellen Zeitpunkt (Anfang Mai) zu bieten. In diesem Kontext werden in einem dritten Schritt qualitativ die möglichen Transmissionskanäle und Auswirkungen auf verschiedene Wirtschaftsräume, vorwiegend die Weltwirtschaft, den Euroraum und die USA, beschrieben.

Quantitative Modelle sind eine wichtige Erkenntnisgrundlage makroökonomischer Analysen. Diese beruhen aber auf historischen Wirkungszusammenhängen und haben ihre Grenzen, wenn es zu ungewöhnlichen Ereignissen oder schnellen und wechselseitigen Änderungen der Rahmenbedingungen kommt (siehe oben). Ähnlich zu der Corona-Krise ist dies aktuell im Ukraine Krieg noch mehr der Fall.

Im **Basisszenario** für die Weltwirtschaft wird von einem zeitlich limitierten Konflikt in der Ukraine ausgegangen, der zu temporären Störungen im Wirtschaftsgeschehen führt, aber keine gravierenden Zweit- oder Drittrundeneffekte nach sich zieht. Insbesondere wird von einer weiteren Preisdynamik bis zur Mitte des Jahres 2022 bei den Energieimporten und Nahrungsmittelpreisen ausgegangen. So zeigen Simulationen mit dem Oxford Economics Modell (Kolev/Obst, 2022) den enormen Einfluss, den die Entwicklung des Gaspreises auf energieabhängige Industrien wie die deutsche Wirtschaft nehmen könnte. Weiterhin wird angenommen, dass die Lage bei den Lieferketten bis zum Jahresende 2022 angespannt bleibt. Die Produktionsbelastungen bei den Unternehmen bleiben hoch, durch Diversifizierung und stellenweise Substitutionen von russischen Energieträgern können aber Produktionsausfälle grundsätzlich verhindert werden. Zu den pandemiebedingten Lieferschwierigkeiten kommen kriegs- und sanktionsbedingte Liefer- und Logistikprobleme hinzu. Zugleich verteuert der starke Anstieg der Preise für Energie die Produktion sowie den Transport und dämpft außerdem den Konsum der privaten Haushalte. Das makroökonomische Umfeld ist weiterhin durch die Null-Covid-Strategie Chinas und die daraus folgenden Hafenschließungen wie in Shanghai, eine flächendeckende persistente Inflation im Jahr 2022 als auch ein mögliches Überreagieren der Zentralbanken in einzelnen Wirtschaftsräumen wie den USA oder dem Vereinigten Königreich gekennzeichnet.

Die angebotsseitigen Verwerfungen treffen aber auch auf nachfrageseitige Wachstumsimpulse. Die oben dargestellte Dynamik bei der Weltproduktion und dem Welthandel zeigt, dass es durchaus noch zu Nachholwirkungen aufgrund der hohen Auftragsbestände der Unternehmen und somit zu einer Zunahme der globalen Dynamik nachfrageseitig kommen kann. Selbst wenn vor allem der Euroraum durch die Abhängigkeit von russischen Energieimporten besonders stark belastet ist, können aufgrund der geringeren Abhängigkeiten die USA mit ihrer weiterhin expansiv ausgerichteten Fiskalpolitik die weltweite Dynamik positiv beeinflussen. Wachstumsimpulse dürften auch durch den teilweisen Abbau pandemiebedingter Ersparnisse als auch einer weiterhin soliden Arbeitsmarktentwicklung in den hier betrachteten Volkswirtschaften entstehen. Dämpfend auf den privaten Konsum wirken vor allem die hohen Preise wie auch die allgemein herrschende Unsicherheit über den Ausgang des Krieges in der Ukraine. Dies verschlechtert zusätzlich die Investitionsaussichten der Unternehmen. Es kommt aber zu keinem ausgeprägten Investitionsattentismus.

Insgesamt kommt es im Basisszenario zu einer deutlichen Revision nach unten gegenüber der IW-Konjunkturprognose vom November 2021 (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2021). Dort wurde eine Zunahme der **Weltwirtschaft** im Jahr 2022 um 4 ½ Prozent und beim **Welthandel** um 5 Prozent erwartet. Im aktuellen makroökonomischen Umfeld großer Energiepreisschocks wird nur noch von einem realen Weltwirtschaftswachstum von 3 ½ Prozent in diesem Jahr und 3 ¼ Prozent im Jahr 2023 ausgegangen (Tabelle 3-1). Den globalen Welthandel stützt die Tatsache, dass viele Länder Maßnahmen zur Eindämmung der Omikron Variante aufgehoben haben. Dennoch fällt das Wachstum des preisbereinigten Welthandels aufgrund des Ukraine-Krieges und dadurch weiter gestörten Lieferketten sowie mangelnder Absatzmöglichkeiten mit 3 ½ Prozent in diesem Jahr und 3 Prozent im Jahr 2023 deutlich schwächer aus.

Tabelle 3-1: Eckdaten der IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP und des realen Welthandels gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023
Euroraum	5,2	2 ¾	2 ¼
Frankreich	6,7	3 ¼	2 ½
Italien	6,2	2 ¾	2
UK	7,2	3 ¾	2
USA	5,6	3 ¾	3
China	8,1	4 ½	4
Japan	1,6	2	1 ½
Weltwirtschaft	5,9	3 ½	3 ¼
Welthandel	10,1	3 ½	3

IW-Auslandsprognose vom Mai 2022.

Quellen: CPB; IWF; Institut der deutschen Wirtschaft

Die vorliegenden Indikatoren für die **USA** deuten auch im Jahr 2022 auf ein robustes, aber verringertes Wachstum hin. So wuchs die amerikanische Wirtschaft im vierten Quartal 2021 mit 1,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal kräftig. Auch am aktuellen Rand zeigt der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden

Gewerbe im Gegensatz zu den anderen hier betrachteten Volkswirtschaften einen positiven Trend und er lag im April 2022 bei knapp 59 Punkten. Positiv zum Wirtschaftswachstum tragen die robuste Entwicklung am amerikanischen Arbeitsmarkt als auch die fiskalischen Impulse bei, unter anderem das Infrastructure and Investment Program mit einem Umfang von 550 Milliarden US-Dollar. Allerdings zeigen die vorläufigen Zahlen für das erste Quartal 2022, dass das amerikanische BIP um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal geschrumpft ist. Dazu trug vor allem ein schlecht laufender Außenhandel bei. Die starke Wachstumsphase des Aufschwungs nach dem Zurücknehmen der Corona-Maßnahmen scheint also vorbei zu sein. Perspektivisch wird für den Prognosezeitraum aufgrund des starken Anstiegs der Verbraucherpreise ebenfalls eine Abschwächung beim privaten Konsum sowie durch den angekündigten Pfad der Leitzinserhöhungen seitens der US-Notenbank eine Verlangsamung beim Investitionswachstum gesehen. Basierend auf diesen Einschätzungen wird ein Wachstum der US-Wirtschaft von 3 ¾ Prozent im Jahr 2022 und von 3 Prozent im Jahr 2023 prognostiziert.

Die wirtschaftliche Erholung im **Euroraum** fällt aufgrund des Krieges zurück. Das reale BIP expandierte schwungvoll im vergangenen Jahr mit 5,2 Prozent und erreichte zum vierten Quartal sein Vorkrisenniveau vom Jahresende 2019. Auch im ersten Quartal 2022 war das Wirtschaftswachstum noch leicht positiv. Gleichwohl waren zum Jahresende 2021 die Folgen der zweijährigen Pandemie und die damit einhergehenden Verwerfungen bei den globalen Lieferketten weiterhin spürbar. So verlor die wirtschaftliche Erholung in einigen Euro-Ländern deutlich an Schwung. Im ersten Quartal 2022 legte das reale BIP im Euroraum nur noch um 0,2 Prozent zu. Die erneuten coronabedingten Kontaktbeschränkungen aber auch die anziehende Inflation führten zu einem rückläufigen privaten Verbrauch. Das Wirtschaftswachstum blieb in Frankreich im ersten Quartal 2022 nahezu unverändert, nachdem es historisch hoch mit fast 6,7 Prozent im Jahr 2021 gewachsen war. Die italienische Wirtschaftsleistung expandierte mit 6,2 Prozent ebenfalls kräftig – ausgehend von der schwachen Basis des Jahres 2020. Zum Jahresende 2021 stagnierten hier privater Verbrauch und die Exporte. In Italien schrumpfte im ersten Quartal 2022 das BIP um 0,2 Prozent. Sicherlich wird der Wahlausgang in Frankreich erneute Stabilität und Reformwillen mit sich bringen. In Italien besteht die Hoffnung, durch die Auszahlung der *Next Generation EU*-Gelder Wachstum ankurbeln zu können. Beide Länder sind aber in unterschiedlichem Maß ebenfalls abhängig von den russischen Energieexporten und werden die Folgen der Wirtschaftssanktionen bei den verfügbaren Einkommen der Haushalte zu spüren zu kommen. Die Prognose für **Frankreich** wird leicht nach unten auf 3 ¼ Prozent im Jahr 2022 revidiert und für 2023 wird ein Wachstum von 2 ½ Prozent erwartet. In **Italien** sind die Abwärtsrisiken wegen der hohen Energieabhängigkeiten von Russland noch stärker und es wird von einem Wachstum von 2 ¾ Prozent im Jahr 2022 und von 2 Prozent im nächsten Jahr ausgegangen.

Der Euroraum ist stark abhängig von russischen Energieimporten und wird somit auch ohne weitere Eskalationsstufen bei den Sanktionen in diesem Jahr deutlich beeinträchtigt werden. So lag der russische Anteil an Importen von Rohöl bei 27 Prozent, für Steinkohle bei 44 Prozent und für Erdgas bei 38 Prozent im Jahr 2019 (SVR, 2021). Grundsätzlich werden sich die wieder erschwerten Lieferbedingungen, die stark steigenden Preise für Energie und Nahrungsmittel als auch die anhaltende Unsicherheit hinsichtlich des weiteren Verlaufs des Ukraine-Konflikts negativ auf den privaten Konsum, die Exporte und die privaten Investitionen niederschlagen. Das wirtschaftliche Wachstum im Euroraum wird sich in diesem Jahr auf 2 ¾ Prozent belaufen und im Jahr 2023 nur noch auf 2 ¼ Prozent.

Das **Vereinigte Königreich** hatte im Jahr 2021 ein kräftiges Wirtschaftswachstum von 7,2 Prozent. Auch wenn es zur Jahreswende im Zuge der Ausbreitung der Omikron-Variante Arbeitsausfälle zu beklagen gab, wurden

in Großbritannien bereits Ende Februar 2022 alle Corona-Restriktionen aufgehoben. Der Inflationsdruck dürfte aber im Zuge des Auslaufens einer befristeten Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie und einer weiteren Erhöhung des nationalen Preisdeckels für Energieträger wie Gas und Elektrizität im April 2022 zunehmen und zur finanziellen Belastung vieler Haushalte werden. Hinzu kommen die Knappheiten am Arbeitsmarkt, die über steigende Lohnkosten die Preise für Güter und Dienstleistungen erhöhen. Aufgrund der geringen Handelsverflechtungen mit Russland und der Ukraine dürften die direkten Auswirkungen vergleichsweise gering ausfallen, gleichwohl wird die Energiepreisdynamik weiter verschärft. Alles zusammen genommen dämpft den privaten Verbrauch. Hinzu kommt der Schritt der Bank of England, den Leitzins auf 1 Prozent anzuheben, das höchste Niveau seit der Finanzmarktkrise von 2008/2009. Die Prognose für das Vereinigte Königreich wird entsprechend für 2022 nach unten revidiert – mit einem Wachstum von 3 ¼ Prozent im Jahr 2022 legt die britische Wirtschaft im Jahr 2023 um 2 Prozent zu.

Nach einem deutlichen V-Verlauf der Konjunktur in China im Zuge der Pandemie hat sich dieser positive Wachstumspfad in den letzten Monaten verlangsamt. Das Wachstum ist von einem schwächeren Bausektor geprägt. Vor dem Hintergrund der Einführung makroprudenzieller Maßnahmen durch die chinesischen Finanzaufsichtsbehörden gerieten einige Immobilienentwickler in Zahlungsschwierigkeiten. Prominentestes Beispiel war das Unternehmen Evergrande, dessen Aktien im März 2022 ausgesetzt werden mussten. Dabei ist der hohe Anteil des chinesischen Immobilienmarktes – schätzungsweise 27 Prozent gemessen am BIP – zu beachten (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2021). Das Wirtschaftswachstum hatte im Jahr 2021 zwar mit 8,1 Prozent noch eine ähnliche vorpandemische Dynamik. Neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie dürften aber zu Produktionsunterbrechungen und Personalausfällen führen und die chinesische Wirtschaft zunehmend vor große Herausforderungen stellen. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe ist bereits deutlich unter die Expansionsschwelle von 50 gesunken. Auch wenn China weit weniger von der Energiekrise durch den Ukraine-Krieg betroffen ist, kann von einer starken Verlangsamung des Wachstums ausgegangen werden. Damit wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr nur noch um 4 ½ Prozent zunehmen und nicht um 5 ½ Prozent wie im Winter 2021 angenommen. Im Jahr 2023 verlangsamt sich das Wachstum auf 4 Prozent.

In **Japan** ist das Wirtschaftswachstum im Jahr 2021 mit 1,6 Prozent etwas geringer als erwartet ausgefallen. Auch wenn die japanische Wirtschaft im vierten Quartal mit rund 1,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal kräftig gewachsen ist, waren die negativen BIP-Zahlen aus dem ersten und dritten Quartal prägend. Die Prognose aus dem Winter 2021 wird auch für Japan nach unten korrigiert, vor allem wegen der zunehmenden Energie- und Rohstoffpreise und dem schwächer werdenden privaten Verbrauch. Zwar ist Japan nicht signifikant von russischen Importen abhängig, allerdings führt die gestiegene globale Nachfrage nach Flüssiggas zu entsprechenden Preissteigerungen im asiatischen Markt. Die japanische Volkswirtschaft wird im Jahr 2022 nur noch um 2 Prozent wachsen und im Jahr 2023 um 1 ½ Prozent.

Insgesamt ist die Unsicherheit über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Weltwirtschaft sehr hoch. Zur Abschätzung der Auswirkungen einer Verschärfung des Konflikts auf die Wirtschaftsleistung haben verschiedene Institutionen (Deutsche Bundesbank 2022; IMK, 2022; IWF, 2022; EZB, 2022; Oxford Economics 2022; OECD, 2022) innerhalb ihrer Prognoseverfahren umfassende Risikoszenarien vorgelegt. Tabelle 3-2 gibt eine Übersicht zu relevanten Szenariorechnungen für das Jahr 2022.

Tabelle 3-2: Ausgewählte Szenarien zu den Auswirkungen einer Verschärfung des Ukraine-Konflikts auf die Weltwirtschaft

Institution	Szenario	Annahmen	BIP-Ab-schlag ¹⁾	Region
IWF	Risikoszenario mit Ausweitung der Wirtschaftssanktionen (inklusive Ölembargo)	<ul style="list-style-type: none"> Ausschluss Russlands aus internationalem Waren- und Zahlungsverkehr Höhere Rohstoffpreise und Lieferkettenstörungen Anstieg Ölpreis: 10 % über Basisszenario im Jahr 2022 und 15 % in 2023 Anstieg Gaspreis (Europa): 20 % über Basisszenario Steigende Inflationserwartungen Verschlechterung globaler Finanzierungsbedingungen 	1	Welt
			1,5	EU
OECD	Risikoszenario mit anhaltend hohen Rohstoffpreisen	<ul style="list-style-type: none"> Anstieg Ölpreis: 33 % gegenüber Januar 2022 Anstieg Gaspreis (Europa): 85 % über Januar 2022 Volatilitäten in den Devisenmärkten, Anstieg Risikoprämien in den Finanzmärkten Nachfragerückgang in Russland und Ukraine 	1,1	Welt
			1,4	Euroraum
			0,9	USA
EZB	Risikoszenario mit Verschärfung der Wirtschaftssanktionen (inklusive Gasembargo)	<ul style="list-style-type: none"> Störung globaler Wertschöpfungsketten Ausfall russischer Energielieferungen (Gas) nach Europa Temporär höhere Energiepreise und Produktionsausfälle durch Energieengpässe Anhaltende geopolitische Spannungen Volatilität im Finanzmarkt führt zu steigenden Risikoprämien 	1,2	Euroraum
	Verschärftes Risikoszenario mit Ausfall russischer Energieimporte (inklusive Gasembargo)		<ul style="list-style-type: none"> Verstärkte Preisreaktionen beim Gas und Öl wegen mangelnder Substitutionseffekte Starke Erhöhung und Neubewertung der Energiepreise mit Zweitrundeneffekten bei den Inflationserwartungen 	1,4

Oxford Economics	Risikoszenario mit Verschärfung von Wirtschaftssanktionen (inklusive Gasembargo von russischer Seite für 6 Monate)	<ul style="list-style-type: none"> • Andauern des Ukraine-Konflikts bis in das Jahr 2023 • Temporärer Ausfall russischer Gaslieferungen • Höhere Rohstoffpreise • Gaspreis (Europa): 60 US-Dollar/mn BTU) • Unsicherheit in Finanzmärkten und bei Haushalten 	0,6	Welt
			0,9	Euroraum
			0,6	USA
IMK	Risikoszenario mit stärkeren Energiepreisschocks und Investitionsattentismus	<ul style="list-style-type: none"> • Jahresdurchschnitt Ölpreis: 140 US-Dollar/Barrel, • Höchstwert Gaspreis (Deutschland): 200 Euro/MWh • Anhaltender Anstieg der Unternehmenszinsen 	1,3	Welt
			1,9	USA
			1,3	China
			2,2	Euroraum
			2,0	Frankreich
			2,2	Italien
			2,3	Japan
1,7	UK			
Deutsche Bundesbank	Risikoszenario mit höheren Rohstoffpreisen und Unsicherheitschock	<ul style="list-style-type: none"> • Steigende Rohstoffpreise: Fass Rohöl der Sorte Brent steigt auf 170 US-Dollar, Erdgaspreis in Europa auf 300 Euro je MWh • Wegfall von Handelsbeziehungen mit Russland und Ukraine • Erhöhte makroökonomische Unsicherheit • Finanzpolitische Ausrichtung unverändert; Geldpolitik reagiert nicht 	1,75	Euroraum

1) BIP-Abschlag in Prozentpunkten vom Basisszenario (reales BIP Wachstum) im Jahr 2022.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Die wesentlichen fünf Transmissionskanäle des Krieges in der Ukraine auf die Weltwirtschaft sind:

- höhere Rohstoff- und Energiepreise,
- eine anhaltend hohe Inflation mit dämpfenden Effekten auf den privaten Konsum,
- eine Verschlechterung der globalen Finanzierungsbedingungen,
- steigende Unsicherheit mit negativen Auswirkungen auf die private Investitionstätigkeit,
- eine Störung globaler Lieferketten.

Alle Szenarien haben gemeinsam, dass global die Risiken einer Stagflation mit geringen Wachstumsraten und hohen Inflationsraten entstehen. Dadurch besteht die Gefahr, dass ähnlich zur Corona-Pandemie die aktuellen konjunkturellen Beulen nachhaltige Narbeneffekte in einzelnen Volkswirtschaften hinterlassen können. Diese Wahrscheinlichkeit steigt mit zunehmender Dauer des Ukraine Konflikts.

In gewisser Weise ist die direkte Rolle Russlands und der Ukraine in der Weltwirtschaft, gemessen am Anteil des globalen BIP (zu Marktpreisen), mit 2 Prozent relativ klein. Ähnliche Anteile ergeben sich beim globalen Handel und auch die bilateralen Handelsverflechtungen zu den meisten Ländern und Wirtschaftszonen ist

relativ gering (OECD, 2022). Der wirkliche Einfluss kommt über die Rolle beider Länder auf den Energie- und Rohstoffmärkten. So stehen beide Länder für etwa 30 Prozent der globalen Weizenexporte, 20 Prozent bei anderem Getreide, Düngemittel und Gas sowie 11 Prozent bei Erdöl (OECD, 2022). Wahrscheinliche direkte Folgen des Krieges in der Ukraine sind somit anhaltend hohe Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise. Vor allem die hohe Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft von russischen Energieimporten stellt ein beträchtliches Risiko für die Länder des Euroraums dar. So lag der russische Anteil an Gasimporten in Deutschland Anfang des Jahres 2022 bei etwa 55 Prozent und liegt immer noch bei 35 Prozent am aktuellen Rand. Europa ist auch die wichtigste Zielregion für russische wie auch für ukrainische Exporte (WHO, 2022) und wird damit wahrscheinlich die Hauptlast der wirtschaftlichen Auswirkungen zu spüren bekommen. Hinzu kommt, dass die industriellen Wertschöpfungsketten stellenweise auch bei einem Wegfall von russischen Rohstoffen betroffen wären. So ergeben sich beispielsweise für die deutsche Industrie einige Rohstoffabhängigkeiten bei Palladium, Chrom oder Nickel (Bähr et al., 2022). Die EU hat bereits ein Kohle-Embargo gegenüber Russland verhängt und ein Öl-Embargo ist avisiert. Nicht ausgeschlossen werden kann auch ein Importembargo für russisches Gas, welches weitreichende Folgen für die europäische und deutsche Wirtschaft hätte. Auch der Ausfall von Nahrungsmittel- und Düngemittlexporten ist denkbar.

Ein zentraler Wirkungskanal in den dargestellten Risikoszenarien ist eine Verknappung des Angebots an Erdöl und Erdgas mit entsprechenden Preiseffekten auf den globalen Energiemärkten. So rechnet die OECD in Ihrem Risikoszenario mit einem Anstieg des Ölpreises um 33 Prozent, bei Kohle um 80 Prozent und bei Gaspreisen in Europa um 85 Prozent im Vergleich zum Durchschnittspreis vom Januar 2022. Weitere Preisanstiege bei Rohstoffen wie Palladium und Düngemitteln werden mit einbezogen. Im Risikoszenario des IMK steigt der Ölpreis je Barrel jahresdurchschnittlich auf 140 US-Dollar und der Gaspreis in Deutschland auf bis zu 200 Euro je MWh. Die EZB geht ebenso in ihrem Risikoszenario von höheren Energiepreisen und durch Energieengpässe bedingte Produktionsausfälle aus. Beim IWF steigt der Ölpreis 10 Prozent über das Basisszenario und der Gaspreis in Europa um 20 Prozent. Sowohl im Risikoszenario des IWF als auch im verschärften Risikoszenario der EZB kommt es zu Zweitrundeneffekten bei den Inflationserwartungen. Diese steigen an und verschlechtern die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen was sich negativ auf die unternehmerische Investitionstätigkeit auswirkt. Ein zweiter wesentlicher Transmissionskanal betrifft also die Verschlechterung der globalen Finanzierungsbedingungen. Diese werden zum Beispiel beim IMK durch einen Anstieg der Unternehmenszinsen (von knapp 2 auf über 5 Prozent in der Spitze) in einem Makromodell simuliert. Das führt zu einem Investitionsattentismus bei den Unternehmen. Die OECD nimmt steigende Risikoprämien vor allem in Osteuropa an. An den Devisen- und Finanzmärkten kam es gerade in den ersten Kriegswochen zu großen Ausschlägen. Der russische Rubel verlor drastisch an Wert, an den globalen Aktienmärkten kam es zu beträchtlichen Kursverlusten. Diese Volatilitäten wirken sich ebenfalls negativ auf den Finanzmärkten und damit auf die wirtschaftliche Aktivität aus.

Vor dem Hintergrund anziehender Preise und in Erwartung einer weiteren Preisdynamik bei den Verbraucherpreisen trübt sich das Verbrauchervertrauen zunehmend ein. Die Deutsche Bundesbank geht infolge von Kaufkrafteinbußen in ihrem Risikoszenario von einem geringeren privaten Verbrauch aus. Ebenso ist die geoökonomische Unsicherheit stark angestiegen und stellt damit einen weiteren Transmissionskanal dar. Dieser Unsicherheitsschock wird etwa von der Deutschen Bundesbank modelliert mit entsprechend negativen Effekten auf den privaten Verbrauch, die Investitionstätigkeit wie auch das reale BIP, wobei die Effekte bis zu drei Jahre anhalten. Der Ukraine-Krieg führt zu erneuten Belastungen der globalen Lieferketten. Aber auch der starke Rohstoffpreisanstieg dürfte bei Handelspartnern adverse Effekte hervorrufen und zu

Exporteinbußen führen. Alle in Tabelle 3-2 aufgeführten Prognosen berücksichtigen dies in dem jeweiligen Risikoszenario.

Eine Konfliktverschärfung und die dargestellten Auswirkungen auf die Wirtschaft würden zu deutlichen Abschlagen beim Wirtschaftswachstum führen. Für den Euroraum liegen diese zwischen 0,9 Prozentpunkten (Oxford Economics) und 2,2 Prozentpunkten (IMK) für das Jahr 2022. Für den deutlichen negativen Effekt beim IMK ist unter anderem ein massiver Einbruch bei den Investitionen und ein weiterer Rückgang bei den Exporten wegen gestörter Lieferketten verantwortlich. Der IWF sowie die EZB kommen in ihrem Risikoszenario auf einen Abschlag von etwa 1,4 bis 1,5 Prozentpunkten für den Euroraum. Die Deutsche Bundesbank kommt auf 1,75 Prozentpunkte. Alle drei Prognosen gehen in ihren Risikoszenarien bereits von einem Gasembargo aus. Bei einem vollständigen Stopp russischer Energielieferungen (wie bereits in Polen und Bulgarien bei Gas geschehen) käme es zusätzlich zu den reinen Preiseffekten zu einer Rationierung des Energieeinsatzes im industriellen Sektor. Die Deutsche Bundesbank nutzt zur Quantifizierung dieser Effekte für Deutschland Input-Output-Analysen, um sowohl die Vorleistungsverflechtungen als auch Kaskadeneffekte darzustellen. Damit könnte das reale Wirtschaftswachstum im Euroraum bei einer Verschärfung der Sanktionen mit deutlichen Abwärtsrisiken verbunden sein und statt bei 2 $\frac{3}{4}$ Prozent wie im IW-Basiszenario nur noch bei 1 bis 1 $\frac{1}{2}$ Prozent liegen. Für die Weltwirtschaft liegen die BIP-Abschläge in den hier vorgestellten Prognosen bei 1 Prozentpunkt. Die etwas niedrigeren Auswirkungen hängen mit den dargestellten unterschiedlichen Abhängigkeiten der einzelnen Wirtschaftsräume von russischen und ukrainischen Energie- und Rohstoffexporten ab. Bei den USA gehen die Schätzungen zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine deutlich auseinander. Die OECD schätzt, dass es im Jahr 2022 zu einem BIP-Abschlag von 0,9 Prozentpunkten kommen könnte. Oxford Economics geht auch von einem milden BIP-Abschlag von 0,6 Prozentpunkten aus. Das IMK hingegen sieht stärkere Spill-Over-Effekte und geht von einem hohen Abschlag in Höhe von 1,9 Prozentpunkten aus. Diese große Bandbreite an Werten spiegelt die aktuell hohe geoökonomische Unsicherheit wider.

Die dargestellten Risikoszenarien legen den Schluss nahe, dass die derzeitigen Konjunkturprognosen im Schnitt hohen Abwärtsrisiken unterliegen. Im Fall einer Verschärfung der Sanktionen oder gar im Falle eines Lieferstopps von Gas kann dies besonders in Europa zu erheblichen BIP-Verlusten führen. Dies spiegelt nicht nur die Energieabhängigkeiten wider, sondern ebenso die geografische Nähe zum Konfliktgebiet in Mittel- und Osteuropa und damit verbundenen stärkeren Handelsverflechtungen zu Russland und zur Ukraine. Ebenso hängt es länderspezifisch mit der Angebotsstruktur der jeweiligen Ökonomie zusammen (OECD, 2022). Allerdings zeigt die Übersicht der Prognosen auch, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine akute Rezessionsgefahr im Jahr 2022 noch nicht besteht. Die politischen und ökonomischen Entwicklungen der nächsten Monate werden entscheidend sein, um die komplexen und vielfältigen Auswirkungen besser einordnen und genauer abschätzen zu können.

4 Aufgeschobene Erholung bei Konsum und Investitionen

Das reale BIP in Deutschland wird im Jahr 2022 um weniger als 1 $\frac{3}{4}$ Prozent zulegen. Im ersten Halbjahr 2022 schlagen sich die Produktionsstörungen, Preiseffekte und die vielfältigen Verunsicherungen im Gefolge des Krieges in der Ukraine bremsend nieder. Unter der Annahme, dass es danach keine zusätzlichen Belastungen durch geopolitische Konflikte gibt, lassen die negativen Preiseffekte nach. Die globale Lieferproblematik wird sich erst im kommenden Jahr entspannen und das reale BIP wird dann um rund 2 $\frac{3}{4}$ Prozent zulegen. Dabei zeigen sich deutliche Erholungsimpulse vom Konsum und den Investitionen.

Über den Winter 2021/2022 stagnierte die Wirtschaftsleistung in Deutschland. Nach dem Rückgang des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2021 in Höhe von 0,3 Prozent (gegenüber dem Vorquartal) kam es nach ersten Schätzungen im Startquartal 2022 zu einem leichten Anstieg von 0,2 Prozent (ebenfalls im Vergleich zum Vorquartal). Dieser Stillstand im Winterhalbjahr nach der kräftigen Erholung im zweiten und dritten Quartal 2021 lässt sich aus den direkten Folgen der fünften Pandemiewelle erklären. Die wieder stark ansteigenden Infektionszahlen ab Mitte Oktober 2021 führten bereits im Schlussquartal 2021 zu nochmaligen Einschränkungen im Wirtschaftsleben – vor allem bei den konsumnahen Dienstleistern. Der gesamte Dienstleistungssektor gab im vierten Quartal 2021 wieder nach. Die Situation war zwar zum Jahresanfang 2022 weniger schlecht als im Winterhalbjahr 2020/2021 und die Umsätze in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen konnten dementsprechend auch das Niveau von Anfang 2021 übertreffen. Gleichwohl lagen die preisbereinigten Umsätze im Februar 2022 im Gastgewerbe (-33 Prozent), in der Personenbeförderung (-17 Prozent) und bei den Reiseveranstaltern/Reisebüros (-52 Prozent) noch zum Teil erheblich unter dem Niveau vom Februar 2020 – und damit weit weg von der Normalität.

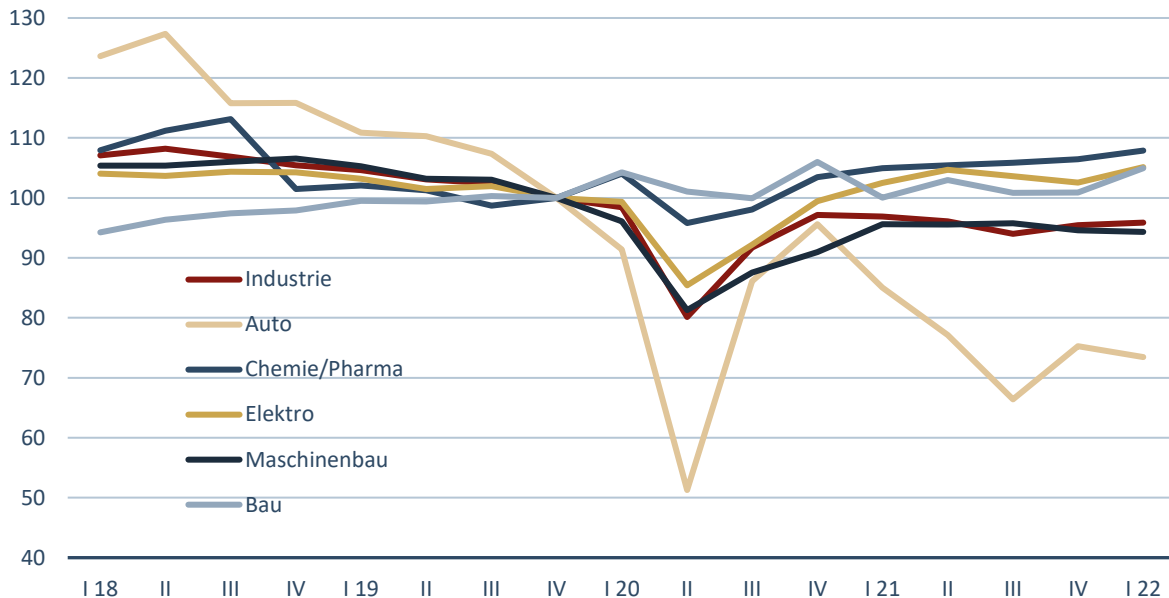
Dazu kamen im ersten Quartal 2021 Produktionsstörungen infolge krankheitsbedingter Personalausfälle angesichts der im Vergleich mit den früheren Pandemiewellen sehr hohen Ansteckungen. Diese angebotsseitigen Beeinträchtigungen ließen im Quartalsverlauf nach und auch die nachfrageseitigen Restriktionen wurden im März deutlich gelockert. Gleichwohl waren in der Industrie eine Reihe von Produktionsstörungen infolge fehlender Bauteile und anhaltend gestörter Logistikprozesse weiter wirksam. Dies wurde von den Unternehmen zum Jahresende 2021 antizipiert (Bardt/Grömling, 2022). Trotz der besseren Produktionslage zum Jahresanfang gegenüber dem zweiten Halbjahr 2021 bestand bei der Industrieproduktion eine deutliche Lücke zum Vorkrisenniveau (Abbildung 4-1) und gegenüber des sich im Jahresverlauf 2021 aufgebauten Auftragsbestands: Während der preisbereinigte Auftragsbestand der Industrie zum Jahresende 2021 um fast 30 Prozent über dem Vorkrisenniveau lag, war bei der Produktion noch ein Defizit von 6 Prozent zu verzeichnen.

Durch den Kriegsausbruch in der Ukraine entstanden dann ab Ende Februar 2022 zusätzliche Herausforderungen und Anpassungslasten, die sich bremsend auf die wirtschaftliche Dynamik im Startquartal niederschlugen. So dürften die bereits im Februar und März stark ansteigenden Verbraucherpreise der Erholung beim Konsum und in den damit verbundenen Wirtschaftsbereichen merklich entgegengewirkt haben. Im März 2022 lagen etwa die Energiepreise (Verbraucherebene) um fast 40 Prozent über dem Vorjahresniveau, Nahrungsmittel verteuerten sich binnen Jahresfrist um gut 6 Prozent. In der Industrie kamen zu den bereits bestehenden Störungen zusätzliche Unsicherheiten hinsichtlich der mengenmäßigen Material- und Energieversorgung hinzu (Grömling/Bardt, 2022). Zudem stiegen auch die Produktionskosten der Unternehmen nochmals kräftig an. Die Erzeugerpreise der gewerblichen Wirtschaft lagen im März 2022 um 30 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Die Industrieproduktion verzeichnete im März 2022 einen erneut starken Einbruch. Abbildung 4-1 zeigt, dass dadurch vor allem in der Automobilindustrie die Produktion im ersten Quartal 2022 wieder hinter dem Vorquartalsniveau zurückblieb. Gemessen an der Produktionslage im Jahresdurchschnitt 2018 besteht in der Automobilindustrie eine Produktionslücke von fast 40 Prozent, gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2019 sind es gut 30 Prozent. Bei den anderen großen Industriebereichen war eine leicht unterschiedliche Dynamik zu verzeichnen. Dabei stagniert der Maschinenbau seit Anfang letzten Jahres. Der Rückgang in der Elektroindustrie im Jahresverlauf 2021 konnte zuletzt kompensiert werden. Der Bereich Chemie/Pharma legt zwar zu, insgesamt aber auch nur moderat. Trotz der Materialengpässe und Preiseffekte ist die Bauwirtschaft gut in das neue Jahr gestartet. Nach der Stagnation in der zweiten Jahreshälfte 2021 legte die Bauproduktion im ersten Quartal 2022 deutlich gegenüber dem Vorquartal zu. Diese dürfte den

gesamtwirtschaftlichen Einstieg in das Jahr 2022 merklich begünstigt und dem zuletzt starken Industrierückgang im März entgegenwirkt haben.

Abbildung 4-1: Produktion in der deutschen Industrie

Preis- und saisonbereinigte Werte; Index 4. Quartal 2019 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft

Die mit Blick auf die Angebotsseite der deutschen Volkswirtschaft aufgezeigten Probleme – Produktionsstörungen infolge gestörter Lieferketten, starke Anstiege der Produktionskosten und Erzeugerpreise sowie ein hohes Ausmaß an unternehmerischen Verunsicherungen durch die Pandemie und den Krieg in der Ukraine – finden ihren Widerhall auf der Nachfrageseite der Volkswirtschaft.

Nach ersten Angaben des Statistischen Bundesamts zur Wirtschaftsentwicklung im ersten Quartal 2022 kamen vom deutschen **Außenhandel** keine positiven Impulse für die Konjunktur. Die Auftragseingänge der deutschen Industrie aus dem Ausland haben nach dem starken Anstieg zum Jahresanfang 2022 zuletzt deutlich nachgelassen. Vor allem im März gab es einen starken Rückgang. Die Exporttätigkeit der deutschen Wirtschaft wird in den nächsten Quartalen von mehreren Faktoren belastet: Zunächst führen die beschriebenen Produktionsstörungen sowie die international nicht im gewohnten Ausmaß funktionierende Logistik dazu, dass ein Teil des Exportgeschäfts weiterhin nicht vollständig bedient und realisiert werden kann. Die erneuten Einschränkungen im Handel mit China – das gilt sowohl für den Import von Vorleistungen als auch für den Export von Fertigwaren – aufgrund der dortigen Corona-Politik verschärfen diese multiplen Angebotsprobleme. Des Weiteren beeinträchtigen die hohen Kostenanstiege und die damit einhergehenden Erzeugerpreiseffekte die Kaufneigung und Absatzmöglichkeiten und sie sorgen auch für eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit – zumindest im Vergleich mit dem nordamerikanischen Markt. Es wird in der vorliegenden Prognose nicht davon ausgegangen, dass dieses Problem durch stark ansteigende Arbeitskosten zunimmt. Gleichwohl liegt auch hier ein zusätzliches Konjunkturrisiko mit Blick auf eine Absicherung des ehemals schwächer verlaufenden Auslandsgeschäfts der deutschen Industrie. Nicht zuletzt wird das stark vom Investitionsgüterhandel (zu dem auch Fahrzeuge zählen) dominierte deutsche Ausfuhrgeschäft vom Krieg in der Ukraine in Mitleidenschaft gezogen. Dies bezieht sich zum einen auf die direkten

Absatzausfälle in der Krisenregion und in Osteuropa insgesamt. Dazu kommen die dargestellten Bremsfekte bei der Weltwirtschaft und beim Welthandel im Gefolge des Krieges. Vor diesem Hintergrund werden die preisbereinigten Exporte im Jahr 2022 das Vorjahresergebnis nur um 3 ¼ Prozent übertreffen. Dabei muss zum einen der hohe Überhang aus dem Jahr 2021 und zum anderen der starke Anstieg vom vergangenen Jahr in Höhe von fast 10 Prozent bedacht werden, der mehr oder weniger den Einbruch vom Jahr 2020 kompensierte. Dabei konnte durch den relativ starken Anstieg zum Jahresende 2021 das Vorkrisenniveau wieder überschritten werden (Grömling et al., 2022). Unter der Voraussetzung, dass die Weltwirtschaft nicht im Gefolge des Krieges auf längere Zeit unter Druck kommt, kann für das kommende Jahr mit einer einsetzenden Belebung beim deutschen Export gerechnet werden. Dabei werden wieder zunehmende Impulse von der globalen Investitionstätigkeit erwartet und die realen Exporte werden im Jahr 2023 um 5 ¼ Prozent über dem Vorjahreswert liegen. Die Importe werden in preisbereinigter Rechnung in beiden Jahren stärker expandieren als die Exporte – sodass der Leistungsbilanzüberschuss (bezogen auf die gesamte Wirtschaftsleistung) im kommenden Jahr mit knapp 5 ¼ Prozent etwas niedriger ausfällt als in den letzten Jahren. 2022 legen die realen Importe (auch wegen eines hohen Überhangs aus dem Vorjahr) um 4 Prozent und 2023 um 5 ¾ Prozent zu. Dies erklärt sich aus den Nachholeffekten bezüglich der bestehenden Zulieferproblematik.

Die stark ansteigenden Energie- und Produktionskosten der Unternehmen machen sich auch auf der **Konsumebene** stark bemerkbar. Die Verbraucherpreise lagen im Frühjahr 2022 um mehr als 7 Prozent über dem Vorjahresniveau. Das sind die höchsten Teuerungsraten hierzulande seit Anfang der 1980er Jahre, als die Energiepreise infolge des Golfkriegs ebenfalls sehr stark anstiegen. Dieser preisbedingte Kaufkraftverlust wiederum bremst die Entwicklung des realen Konsums der privaten Haushalte empfindlich ab. Dies wirkt zum einen der guten Arbeitsmarktentwicklung und deren Effekten auf die nominale Einkommensdynamik der privaten Haushalte merklich entgegen. Zum anderen können die Erholungspotenziale infolge der aufgehobenen Pandemie-Restriktionen weitaus weniger realisiert werden als dies mit Blick auf die lange vom Lockdown beeinträchtigten Unternehmen erforderlich und möglich wäre. Die nach wie vor bestehenden Ersparnispolster der privaten Haushalte, die vor allem im Jahr 2020 aufgrund der stark beschränkten Konsummöglichkeiten angelegt wurden, können zwar einen Teil der preisbedingten Kaufkraftverluste ausgleichen. In Zeit erhöhter Verunsicherung muss allerdings davon ausgegangen werden, dass dieser positive Entspareffekt auf den Konsum an Bedeutung verliert. Mit Blick auf den gesamten Prognosezeitraum wird unterstellt, dass die Pandemie auch im kommenden Winterhalbjahr den Konsum zügeln wird. Diese Zügel werden zwar weniger straff angezogen wie in den vorhergehenden beiden Wintern. Gleichwohl werden weitere Infektionswellen ein unbeschwertes Konsumieren nicht ermöglichen. Dazu kommen die bereits mehrfach beschriebenen Produktionsstörungen, die ja auch einige Konsumgüterbereiche belasten. Vor diesem Hintergrund werden die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2022 gut 1 ¾ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Dabei ist der hohe Überhang aus dem Jahr 2021 von 2 ½ Prozent zu berücksichtigen. Für das kommende Jahr wird ein Konsumanstieg in preisbereinigter Rechnung in Höhe von gut 3 Prozent erwartet. Dabei wird davon ausgegangen, dass die konsumschwächenden Kaufkraftentzüge durch die Inflation deutlich nachlassen. Die Verbraucherpreise werden im kommenden Jahr mit gut 3 Prozent nur halb so stark ansteigen wie in diesem Jahr mit gut 6 Prozent.

Die unvorteilhaften geoökonomischen Rahmenbedingungen belasten die **Investitionstätigkeit**. Dies liegt zum einen an der wieder deutlich angestiegenen Unsicherheit und der dadurch gedämpften Investitionsneigung. Zum anderen wird die faktische Investitionstätigkeit von den auch im weiteren Prognosezeitraum erwarteten Lieferengpässen bei Investitionsgütern zurückgehalten. Vor allem letzteres erklärt die hohe Investitionslücke im vergangenen Jahr. Jedenfalls hätten die Investitionspläne der Unternehmen bislang eine

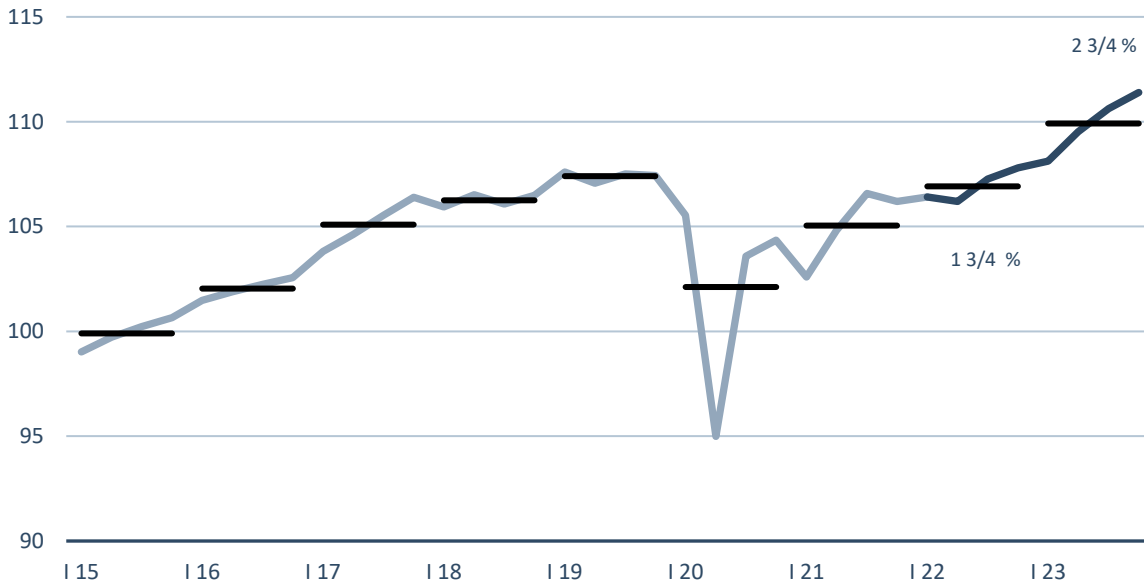
bessere Investitionstätigkeit erwarten lassen (Grömling, 2021). Für das Jahr 2022 haben sich die Investitionsabsichten der Unternehmen gemäß der aktuellen Frühjahrsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (Grömling, 2022a) zwar abgekühlt, sie sind aber weiterhin deutlich positiv: Der Anteil der Firmen mit positiven Investitionsabsichten für das Jahr 2022 (Anstieg gegenüber Vorjahr) ging gegenüber der Umfrage vom November 2021 um 5 Prozentpunkte auf 43 Prozent zurück und der Anteil der Pessimisten stieg um ebenfalls 5 Prozentpunkte auf 20 Prozent an. Damit befindet sich der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen jedoch immer noch spürbar über dem langfristigen Durchschnitt. In der Umfrage von Anfang April 2022 konnten bereits die potenziellen Beeinträchtigungen der jeweiligen Geschäftsabläufe der Unternehmen durch den Krieg in der Ukraine berücksichtigt werden. Für den weiteren Betrachtungszeitraum wird davon ausgegangen, dass sich die bislang sehr guten Finanzierungsbedingungen für Unternehmen zurückbilden und das Zinsniveau ansteigen wird. Gleichwohl dürfte diese Zinsentwicklung kein Finanzierungshemmnis für Investitionen darstellen. Für das Jahr 2022 wird mit einem Anstieg der realen **Ausrüstungsinvestitionen** in einer Größenordnung von rund 4 Prozent gerechnet. Damit bleibt das gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen unter dem Vorkrisenniveau. In Anbetracht der großen Herausforderungen durch die demografische Entwicklung und der dadurch notwendigen kapitalbedingten Produktivitätsfortschritte (Grömling, 2022c) sowie der erforderlichen Investitionen hinsichtlich Digitalisierung und Klimawandel ist die Investitionstätigkeit seit dem Jahr 2018 enttäuschend. Unter der Voraussetzung nicht weiter eskalierender Konflikte und den insgesamt damit einhergehenden positiven Effekten auf die investiven Rahmenbedingungen wird für das Jahr 2023 mit einer Belebung der Investitionstätigkeit in Deutschland gerechnet. Dabei machen sich auch der aufgestaute Investitionsbedarf sowie die höheren Rüstungsausgaben bemerkbar. Die realen Ausrüstungsinvestitionen werden dann um 8 Prozent zulegen.

Die sogenannten **Sonstigen Anlageinvestitionen**, zu denen etwa Forschungs- und Software-Ausgaben gehören, legen in diesem Jahr um 3 Prozent und im kommenden Jahr um 4 Prozent zu. Dabei wirken ebenfalls die eingeschränkten Produktionsmöglichkeiten dämpfend. Von Seiten der Investitionsnachfrage wären höhere Zuwächse möglich und erforderlich.

Die Bautätigkeit hat in Deutschland über die beiden Corona-Jahre hinweg die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestützt. Nach dem Anstieg der realen **Bauinvestitionen** in Höhe von 2,5 Prozent im ersten Corona-Jahr 2020 war im vergangenen Jahr allerdings nur noch ein jahresdurchschnittliches Plus von 0,7 Prozent zu verzeichnen. Dies lag weniger an einer rückläufigen Nachfrage – wenngleich sich im Wirtschaftsbau eine Zurückhaltung zeigte. Vielmehr wurden die faktischen Bauinvestitionen ebenfalls durch Produktionsstörungen beeinträchtigt. Neben den Materialknappheiten liegt dies vor allem an den seit Jahren bestehenden Fachkräftengpässen. Diese Probleme werden auch die Bauinvestitionen im gesamten Prognosezeitraum prägen. Da bei den realen Bauinvestitionen ein deutlicher Unterhang für das Jahr 2022 besteht, wird für den Jahresdurchschnitt 2022 nur ein Zuwachs von knapp 1 Prozent und für das kommende Jahr – auch wegen des dann hohen Überhangs – von unter 2 Prozent erwartet. Diese Veränderungsraten spiegeln insgesamt gesehen die begrenzten Produktionsmöglichkeiten in der Branche wider. Zudem bremst auch die Preisentwicklung infolge der steigenden Produktionskosten die Nachfrage ab.

Abbildung 4-2: BIP-Verlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP;
Index 2015 = 100 und Veränderung gegenüber Vorjahr¹⁾ in Prozent



1) Nicht saison- und arbeitstäglich bereinigt. Arbeitstageeffekte 2022 von -0,1 Prozent und 2023 von -0,2 Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Vor dem Hintergrund der dargestellten Erwartungen für die einzelnen Nachfragebereiche und der diesen jeweils zugrundeliegenden Rahmenbedingungen und Annahmen wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2022 um weniger als $1 \frac{3}{4}$ Prozent zulegen. Dabei muss auch der Überhang in einer Größenordnung von gut 1 Prozent bedacht werden. Der in Abbildung 4-2 dargestellte Konjunkturverlauf ist geprägt von der schwachen Gangart im ersten Halbjahr 2022. Hier schlagen sich die Produktionsstörungen, Preiseffekte und die vielfältigen Verunsicherungen im Gefolge des Krieges in der Ukraine nieder. Es wird unterstellt, dass es im zweiten Halbjahr 2022 zu keinen zusätzlichen Belastungen durch die russische Aggression und andere geopolitische Konflikte kommt, die negativen Konjunkturreffekte der Preisentwicklung verschwinden. Das Preisniveau bleibt hoch. Es kommen keine zusätzlichen negativen Inflationseffekte mehr hinzu, vielmehr drehen diese im Zeitverlauf ins Positive. Erneute Belastungen durch die Corona-Pandemie werden auch im Winterhalbjahr 2022/2023 erwartet. Im Basisszenario der Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft wird davon ausgegangen, dass sich die gesamte globale Lieferproblematik im kommenden Jahr entspannt. Das bedeutet nicht, dass alle bestehenden Produktionsstörungen behoben sein werden, sie bilden sich aber spürbar zurück. Damit kann von einem Zuwachs des realen BIP in Deutschland im Jahr 2023 von rund $2 \frac{3}{4}$ Prozent ausgegangen werden. Das ist kein Ausdruck einer guten konjunkturellen Lage, sondern dies trägt auch der erforderlichen Normalisierung im Wirtschaftsleben Rechnung. Die Lücke zu einer kontrafaktischen Wirtschaftstätigkeit – in der es weder die Pandemie und ihre vielfältigen Effekte noch den Überfall Russlands auf sein Nachbarland gegeben hätte – ist auch am Ende des Prognosezeitraums beträchtlich und bedarf einige Jahre ungebremst guter Geschäftstätigkeit.

5 Zuversicht am Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt kann in diesem Jahr die Folgen der Corona-Pandemie weitgehend überwinden, während sich Krieg und Lieferkettenprobleme erst zeitversetzt bemerkbar machen. Die Erwerbstätigkeit steigt um mehr als ein Prozent und die Arbeitslosigkeit geht auf den Vorkrisenstand zurück. Eine fortgesetzt positive Entwicklung im nächsten Jahr führt zu einem neuen historischen Höchststand bei der Erwerbstätigkeit und dem niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung.

Mit Jahresbeginn 2022 konnte der deutsche Arbeitsmarkt die Folgen der Corona-Pandemie bei zentralen Parametern überwinden. Die Anzahl der Arbeitslosen erreichte im Januar wieder den Vorkrisenstand aus dem Jahr 2019, nachdem sie im Jahr 2020 zwischenzeitlich um über 600.000 Personen darüber lag. Die Erwerbstätigkeit war im Januar 2022 sogar um über 200.000 Personen höher als im Jahr 2019 und saisonbereinigt auch um 0,9 Prozent höher als im Jahresdurchschnitt 2021. Damit profitiert der Durchschnittswert für das laufende Jahr von einem nennenswerten Überhangeffekt. Noch einmal positiver verlief die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese bewegte sich bereits am Vorabend des Ausbruchs der Pandemie deutlich über dem Vorjahresstand und sank im Pandemieverlauf lediglich wieder auf den Vorjahreswert zurück. Die Belebung im Jahr 2021 und zu Beginn des Jahres 2022 führt im Ergebnis dazu, dass der Beschäftigungsstand im Januar 2022 um rund eine Million Personen höher lag als im gleichen Monat des Vorkrisenjahres 2019. Sowohl die Anzahl der Erwerbstätigen als auch der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichen damit historische Höchststände.

Bleibende Folgen der Pandemie zeigen sich in wenigen Segmenten. So stieg im Jahresverlauf 2020 die Anzahl der Langzeitarbeitslosen stark an, weil Personen, die vor der Pandemie arbeitslos wurden, aufgrund der vorübergehend gesunkenen Einstellungsneigung der Betriebe der Wiedereinstieg in Beschäftigung nicht gelang. Ein Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit ist vor allem dann zu beobachten, wenn es eine über Jahre stabile positive Arbeitsmarktentwicklung gibt. Diese ist in Ansätzen zwar gegenwärtig wieder erkennbar, doch wird sich der Prozess des Abbaus noch über einige Jahre hinziehen. Einen bleibenden Schaden nahm zudem die ausschließlich geringfügige Beschäftigung. In diesem Segment gingen pandemiebedingt viele Arbeitsplätze verloren, etwa im Veranstaltungssegment oder der Gastronomie. Ebenfalls rückläufig zeigt sich die Anzahl der Selbstständigen. Hier verstärkte die Pandemie einen bereits seit Jahren bestehenden Trend.

Kennzeichnend für die Arbeitsmarktentwicklung im laufenden Jahr ist die konstant hohe Arbeitskräftenachfrage der Betriebe. Das belegt die IW-Konjunkturumfrage (Grömling, 2022a). Ein weiterer Indikator dafür ist die Summe der neu gemeldeten offenen Stellen. In den ersten vier Monaten des Jahres 2022 wurden insgesamt über 650.000 offene Stellen gemeldet. Das entspricht zwar noch nicht dem Niveau von 2019, als es 730.000 waren, übertrifft aber die Jahre 2020 und 2021, in denen jeweils weniger als 550.000 Stellen gemeldet wurden. Angesichts der Unsicherheiten, die etwa durch den Krieg in der Ukraine und Lieferkettenprobleme hervorgerufen werden, wäre eine zurückhaltende Einstellungspolitik durchaus erklärbar gewesen. Offenkundig schätzen die Betriebe zurzeit diese Risiken aber entweder nicht so gravierend ein oder die Einstellungspolitik reflektiert zum Teil die Erwartung, dass sich die resultierenden Probleme rasch lösen. Möglicherweise spielt auch das Bemühen eine Rolle, angesichts zunehmender demografisch bedingter Knappheiten das Fachkräftepotenzial langfristig strategisch zu sichern. Die hohe Arbeitskräftenachfrage wird auch zu einem Anstieg der Arbeitszeit je Erwerbstätigen führen. Die Kurzarbeit geht gegenüber dem Vorjahr zwar zurück, verbleibt zurzeit aber auf einem gegenüber dem Vorkrisenstand deutlich erhöhtem Niveau. Bei einer Verschärfung der Lieferkettenproblematik wäre mit einem Anstieg in der Industrie zu rechnen, wohingegen

die Kurzarbeit bei den Dienstleistungen im Zuge der Entspannung der pandemischen Lage weiter zurückgehen dürfte.

Noch kein nennenswerter Faktor für die Arbeitsmarktentwicklung sind die aus der Ukraine geflüchteten Menschen. Dafür ist ihre Anzahl mit zurzeit rund 400.000 Personen zu gering. Ersten Erhebungen des Bundesministeriums des Inneren zufolge strebt rund die Hälfte der Geflüchteten im Erwerbsalter eine Erwerbstätigkeit an. Überwiegend handelt es sich um Frauen mit Kindern, sodass die Sicherstellung der Kinderbetreuung ein wichtiger Faktor für die Erwerbsbeteiligung ist. Von Bedeutung ist ferner der Spracherwerb, da die meisten kein Deutsch sprechen. Letztlich ist für die Erwerbsbeteiligung die Bleibeperspektive relevant, die wiederum entscheidend vom derzeit völlig offenen Kriegsverlauf beeinflusst wird.

Im Ergebnis steigt in diesem Jahr nicht zuletzt dank der expansiven Entwicklung um den Jahreswechsel die jahresdurchschnittliche Anzahl der Erwerbstätigen um über ein Prozent an (Tabelle 5-1). In etwa gleichem Maße wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zunehmen. Eine noch stärkere Ausweitung der Arbeitszeit pro Kopf wird durch die nach wie vor nennenswerte Nutzung von Kurzarbeit verhindert. Eine Rolle könnte zudem spielen, dass in der fünften Pandemie-Welle mit einer großen Anzahl infizierter Personen der Krankenstand erhöhte Werte aufwies (Wanger/Weber, 2022). Die Anzahl der Arbeitslosen geht spiegelbildlich zurück, allerdings verhindert der in der Pandemie erhöhte Anteil Langzeitarbeitsloser eine noch schnellere Erholung, sodass die Anzahl nicht nennenswert unter den Stand von 2019 sinken wird. Im Jahr 2023 wird die Ausweitung der Arbeitskräftenachfrage in stärkerem Maß als in diesem Jahr von einer Erhöhung der Arbeitszeit bestimmt. Grundlage ist die Annahme, dass sich bestehende Unsicherheiten auflösen und es zu einer Rückführung der Kurzarbeit auf ein normales Niveau kommt. Ein gegenläufiger Effekt wird indes durch einen kalenderbedingten Rückgang der Anzahl der potenziellen Arbeitstage ausgelöst.

Tabelle 5-1: Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland

	2021	2022	2023	2022	2023
	Absolut			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	44.920	45.480	45.795	1 ¼	¾
Arbeitszeit (in Stunden)	1.349,3	1.352	1.359	¼	½
Arbeitsvolumen (in Mrd. Stunden)	60.611	61.498	62.253	1 ½	1 ¼
Reales BIP				1 ¾	2 ¾
Reales BIP je Erwerbstätigen				½	2
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde				¼	1 ½
Erwerbslose (in 1.000) ¹⁾	1.506	1.300	1.220		
Erwerbslosenquote ¹⁾	3,3	2,8	2,6		
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	2.613	2.295	2.175		
Arbeitslosenquote	5,7	5,0	4,7		

1) nach ILO-Konzept.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

6 Nicht nur Pandemie und Krieg belasten den Staatshaushalt

Der deutsche Staat wird auch im Jahr 2022 ein hohes Defizit von schätzungsweise 95 Milliarden Euro ausweisen. Grund sind neben weiterhin pandemiebedingten Mehrausgaben die Herausforderungen, die der russische Krieg gegen die Ukraine ausgelöst hat. Der Staat kann diese bewältigen, ohne dass die Schuldenstandsquote erneut stark ansteigt. Allerdings werden die Spielräume enger. So lassen sich steigende Sozialversicherungsausgaben bereits im kommenden Jahr nur mit höheren Beitragssätzen finanzieren.

Nach dem Rekord-Schuldenjahr 2020, in dem die Bekämpfung der Coronafolgen den Staat zu hohen Mehrausgaben bei gleichzeitig einbrechenden Steuereinnahmen zwang, konnte das staatliche Haushaltsdefizit in Deutschland im Jahr 2021 wieder leicht auf 132 Milliarden Euro reduziert werden (Tabelle 6-1). Allerdings sind die Folgen der Pandemie weiterhin zu spüren. In diesem Jahr bleibt die Schuldenbremse daher ausgesetzt, was der Bundesregierung nicht nur die Möglichkeit eröffnet, die coronabedingten Zusatzausgaben allmählich zu reduzieren, sondern auch die neuen Herausforderungen anzugehen, die im Zuge von Russlands Krieg gegen die Ukraine auch auf Deutschland zu kommen.

Tabelle 6-1: Staatskonto für Deutschland

	2021	2022	2023
	in Milliarden Euro		
Einnahmen	1.706	1.775	1.872
Steuern	873	917	964
Sozialbeiträge	633	662	712
Ausgaben	1.838	1.870	1.918
Arbeitnehmerentgelt	294	304	316
Soziale Leistungen	937	981	1.009
Subventionen	105	66	53
Bruttoinvestitionen	92	104	118
Finanzierungssaldo	-132	-95	-46
	in Prozent des BIP		
Staatsquote¹⁾	51,5	49 $\frac{3}{4}$	48
Abgabenquote²⁾	41,8	41 $\frac{3}{4}$	41 $\frac{1}{2}$
Steuerquote³⁾	24,9	24 $\frac{3}{4}$	24 $\frac{1}{2}$
Finanzierungssaldo	-3,7	-2 $\frac{1}{2}$	-1 $\frac{1}{4}$

1) Staatsausgaben, 2) Steuern (einschließlich Steuerzahlungen an die EU) und Sozialbeiträge (ohne unterstellte Sozialbeiträge der Beamten), 3) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften (einschließlich Steuerzahlungen an die EU).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

Neben einem neuen geplanten Sondervermögen über 100 Milliarden Euro, um die Ausrüstung und Einsatzfähigkeit der Bundeswehr in den nächsten Jahren zu erhöhen, hat das Bundeskabinett vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Energiepreise zwei Entlastungspakete verabschiedet. Neben kleineren allgemeinen Steuerentlastungen über die Einkommensteuer wird eine steuerpflichtige Energiepreispauschale an Arbeitnehmer und Selbstständige in Höhe von 300 Euro ausgezahlt werden. Zur Heizkostenpauschale für Wohngeldbezieher und einer Pauschalzahlung für Grundsicherungsbezieher kommt die temporäre Reduktion der Steuern auf Kraftstoffe und die Abschaffung der EEG-Umlage hinzu. Alles in allem haben diese Maßnahmen ein Volumen von etwa 30 Milliarden Euro. Vor allem die Entlastungsmaßnahmen tragen zur Bewältigung der hohen Energiekosten bei niedrigen und mittleren Einkommen bei. Die temporäre Reduktion der Steuern auf Kraftstoffe kann aber auch kontraproduktiv wirken, denn die hohen Preise entfalten einerseits Anreizwirkungen, den Energieverbrauch zu reduzieren, andererseits mindert der steuerpolitische Eingriff diesen Anreiz und erschwert so die Energieabhängigkeit von Russland zu reduzieren. Stattdessen wäre vor dem Hintergrund der hohen Inflation ein vollständiger Ausgleich der Kalten Progression in der Einkommensteuer und die Erhöhung der Entfernungspauschale bereits ab dem ersten Kilometer sinnvoller (Beznoska, 2022).

Die Einnahmeentwicklung der beitragsfinanzierten Sozialversicherungen steht grundsätzlich unter dem Vorbehalt der Beschäftigungsentwicklung, dies gilt umso mehr unter den veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen. Doch auch unabhängig davon baut sich auf der Ausgabenseite ein zunehmender Anpassungsdruck auf. Denn selbst mit der geplanten Reaktivierung des Nachholfaktors in der Rentenanpassungsformel werden die Rentenausgaben deutlich zulegen, weil mit dem Ende der „demografischen Pause“ nun Jahrgänge in den Ruhestand drängen, die stärker besetzt sind als in der Vergangenheit (BMAS, 2021, 56). Zudem sorgt die Arbeitsmarkterholung im zweiten Corona-Jahr für eine ungewöhnlich hohe Rentenanpassung im Sommer 2022 (BMAS, 2022). Auch wenn der Beitragssatz nach den zugrundeliegenden Berechnungen des BMAS bis zum Jahr 2024 bei 18,6 Prozent gehalten wird, kann unter ungünstigen Voraussetzungen bereits kurzfristig ein Anstieg (oder alternativ ein höherer Steuerzuschuss) notwendig werden, um das gesetzlich verankerte Sicherungsniveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2025 zu gewährleisten.

Noch dringlicher ist der Handlungsbedarf in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV): In diesem Jahr kann der Beitragssatz von 14,6 Prozent zuzüglich eines Zusatzbeitragssatzes von durchschnittlich 1,3 Prozent nur gehalten werden, weil der Bundeszuschuss einmalig auf 28,5 Milliarden Euro angehoben wird. Wenn dieser im nächsten Jahr wieder auf 14,5 Milliarden abschnilzt, die Ausgaben aber mit unverändertem Tempo steigen (Bundesamt für Soziale Sicherung, 2021), droht der GKV eine Einnahmenlücke von rund 16 Milliarden Euro oder umgerechnet einem Beitragssatzpunkt (BMG, 2022a). Der Referentenentwurf zu einem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz sah deshalb unter anderem eine Erhöhung des Bundeszuschusses um 5 auf 19,5 Milliarden vor sowie weitere Maßnahmen zur Kostendämpfung (Kirchhoff/Pimpertz, 2022). Nachdem Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach den Entwurf zurückgezogen und gegenüber den Medien höhere Krankenkassenbeiträge in Aussicht gestellt hat, muss für das Jahr 2023 mit einem GKV-Beitragssatz von dann insgesamt 16,9 Prozent gerechnet werden, ohne dass damit strukturelle Probleme im Gesundheitssystem gelöst würden.

Auch in der sozialen Pflegeversicherung (SPV) wird ein dauerhafter Bundeszuschuss von 1 Milliarde Euro pro Jahr möglicherweise nicht ausreichen, die Kosten dauerhaft gegenzufinanzieren, die aus der Deckelung von Eigenanteilen sowie den ambitionierten Zielen einer verbesserten Personalausstattung in der Altenpflege resultieren. Dennoch wird für die Jahre 2022 und 2023 ein allgemeiner Beitragssatz von unverändert 3,05 Prozent unterstellt (seit dem 1.1.2022 beträgt der Beitragssatz für Kinderlose 3,4 Prozent). Dem liegt die

Annahme zugrunde, dass ein mögliches Finanzierungsdefizit wie im Jahr 2021 durch das Abschmelzen liquider Mittel auf Kosten des Betriebsmittelsolls kompensiert werden kann (BMG, 2022b, 5). Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung soll dagegen nach derzeitiger Rechtslage zum 1.1.2023 auf 2,6 Prozent steigen.

Vor diesem Hintergrund muss damit gerechnet werden, dass die „Sozialgarantie“ im Jahr 2023 nicht eingehalten werden kann und die Summe aller Beitragssätze (ohne Kinderzuschlag in der SPV und ohne gesetzliche Unfallversicherung) von knapp 39,95 auf 41,15 Prozent steigen wird. Die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen wachsen im Jahr 2022 aufgrund der weiterhin guten Arbeitsmarktlage bereits um 4,6 Prozent, im Folgejahr aufgrund der höheren Beitragssätze aber deutlich um 7,5 Prozent. Die Sozialausgaben des Staates steigen in diesem Jahr insgesamt um 4,8 Prozent und im kommenden Jahr nur um 2,8 Prozent, da die pandemie- und kriegsbedingten zusätzlichen Sozialtransfers des Bundes voraussichtlich heruntergefahren werden können. Die Ausgaben der Sozialversicherungen tragen hingegen einen erheblichen Teil dazu bei, dass die sozialen Leistungen des Staates bereits im Jahr 2023 die Marke von 1 Billion erreichen werden (Tabelle 6-1).

Die Schuldenstandsquote nach dem Maastricht-Kriterium wird Ende des laufenden Jahres bei knapp 70 Prozent liegen, und trotz eines weiteren Minus der Staatsfinanzen im Jahr 2023 bereits wieder deutlich unter diese Schwelle sinken. Die Schuldenbremse soll im Jahr 2023 wieder gelten. Allerdings wird selbst unter Einhaltung der Schuldenbremse voraussichtlich ein recht hohes Defizit entstehen, denn neben dem Spielraum der Schuldenbremse erhöhen die Ausgaben der Sondervermögen das Defizit nach Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Diese Effekte sind aber nicht relevant für die Schuldenbremse.

7 Konjunkturpolitik unter Unsicherheit

Die aktuelle konjunkturelle Situation ist geprägt durch eine Gleichzeitigkeit aus Krise und Unsicherheit. Die akute Krise wirkt sich insbesondere auf die Industrie durch hohe Energie- und Rohstoffkosten und zunehmende Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung von Lieferketten aus. Große Unsicherheiten entstehen insbesondere durch zwei kurzfristige Abwärtsrisiken: Das Damoklesschwert eines Endes der russischen Gaslieferungen sowie eskalierende Lieferschwierigkeiten durch die chinesischen Corona-Beschränkungen. Hinzu kommt die Unsicherheit hinsichtlich längerfristiger Entwicklungen wie dem durch eine Unabhängigkeit von russischem Pipelinegas dauerhaft erhöhtem Energiepreisniveau oder der Gestaltung zukünftiger Handelsbeziehungen in einer Welt mit größeren Risiken für internationale Wertschöpfungsketten.

Insbesondere für die auf internationale Vernetzung basierte Industrie haben sich die kurz- wie langfristigen Perspektiven erneut eingetrübt. Bereits seit 2018 befindet sich die deutsche Industrie in der Rezession, mit Ausnahme der Erholung nach dem dramatischen Corona-Einbruch 2020. Dies reichte gleichwohl nicht aus, um die infolge der Pandemie entstandenen Produktionslücken zu schließen (Grömling et al., 2022). Auch im laufenden Jahr ist eine Schrumpfung wahrscheinlicher geworden, die Erholung jedenfalls ist gebremst. Allein aus dieser mittlerweile halben Dekade der Schrumpfung können strukturelle Schwächungen entstehen. Die genannten langfristigen Risiken treffen ebenfalls insbesondere erfolgreiche Industrieunternehmen und schwächen damit den Industriestandort Deutschland. In dieser Situation der Krise und Unsicherheit sind die verschiedenen Ebenen der Konjunktur- und Standortpolitik gefordert.

Trotz der konjunkturellen Verschärfung ist derzeit kein Anlass für eine nachfragestimulierende Konjunkturpolitik gegeben. Die Störungen des Wachstumspfads sind primär angebotsseitig zu verorten, ein genereller

Nachfragemangel kann nicht konstatiert werden. Dennoch musste die **Fiskalpolitik** natürlich auf die politisch-militärische Krise reagieren. Die geplanten Mehrausgaben für Verteidigung, für die ein Sondervermögen vorgesehen ist, müssen darüber hinaus verstetigt und in den Bundeshaushalt integriert werden. Soziale Härten der steigenden Preise sind durch unterschiedliche Maßnahme abgefedert worden. Der Verlust für die Volkswirtschaft ist aber real und nur begrenzt durch Umverteilungsmaßnahmen auszugleichen. Kritisch sind zudem Maßnahmen, welche die Preissignale schwächen und damit notwendige Anpassungen des Verbrauchs verhindern. Mehrausgaben für Energieinfrastrukturen und andere Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung sowie möglicherweise notwendige Mittel zur Stützung von Unternehmen sind hingegen unvermeidbar. Auch Entlastungen für private Haushalte machen eine weitere Neuverschuldung zur Deckung des laufenden Haushalts notwendig. Diese Mehrausgaben sind im geplanten Umfang zu verkraften und stellen kein langfristiges Risiko für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dar. Darüberhinausgehende fiskalische Impulse sind jedoch aus konjunktureller Perspektive nicht angeraten. Aus struktureller Perspektive und insbesondere zur Überwindung der industriellen Abwärtsbewegung und zur Finanzierung der notwendigen Dekarbonisierungsinvestitionen sind jedoch eine Wiederherstellung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit und die Finanzierung der notwendigen Förderinstrumente unumgänglich und müssen in die Finanzplanung integriert werden.

Die **Geldpolitik** sieht sich ebenfalls mit einer aktuell drohenden Stagflation konfrontiert: stark zurückgegangene Wachstumserwartungen treffen auf hohe knappheitsbedingte Inflationsraten. Damit bewegt sich die EZB in einer Dilemmasituation: Zum einen muss rechtzeitig auf den Inflationsdruck reagiert werden, insbesondere wenn dieser sich über interne Inflationsprozesse verstärkt. Gleichzeitig muss eine stark restriktiv wirkende und damit krisenverschärfende Geldpolitik vermieden werden. Die EZB hat bereits angekündigt, im Juli 2022 die Leitzinsen anzuheben. Eine moderate und schrittweise Anhebung des Einlagesatzes aus dem negativen Bereich heraus und eine Rückführung der Anleihekäufe sind aus heutiger Sicht für den weiteren Jahresverlauf angemessen. Wenn es hingegen zu einer Preis-Lohn-Preis-Spirale kommt, kann die Zentralbank auch zu stärker dämpfenden Maßnahmen gezwungen sein. Die Geldpolitik muss der Lohnpolitik glaubwürdig signalisieren, dass sie die hohen Inflationsraten nicht dauerhaft tolerieren wird.

Die **Lohnpolitik** darf in der aktuellen Situation nicht dem Reflex folgen, die Kaufkraftverluste ausgleichen zu wollen, die insbesondere durch stark gestiegene Energiepreise entstanden sind. Hier ist kein neuer Verteilungsspielraum entstanden, vielmehr sind auch die Unternehmen massiv durch die Preissteigerungen belastet. Zudem profitieren die Arbeitnehmer von finanzpolitischen Maßnahmen, die den Kaufkraftentzug durch die stark steigenden Energiepreise temporär abfedern. Ein Inflationsausgleich hätte zur Folge, dass die EZB zur Verhinderung einer Preis-Lohn-Preis-Spirale mit einer restriktiveren Geldpolitik reagieren müsste und somit die Wachstumsaussichten weiter schwächen würde. Eine moderate, auf Beschäftigungssicherung gerichtete Lohnpolitik schützt hingegen die Zentralbank und ermöglicht eine der schwierigen Situation angemessene Geldpolitik.

Zur Begrenzung der strukturellen Wachstumsrisiken ist es notwendig, Unsicherheiten zu reduzieren und die Investitionsbereitschaft von Unternehmen am Standort durch eine gezielte **Angebotspolitik** zu stärken. Dies betrifft akut die Gasversorgung. Diese darf nicht leichtfertig gefährdet werden, gleichzeitig sind alle Vorbereitungen zu treffen, um kurzfristig eintretende Ausfälle möglichst gut bewältigen zu können. Strukturell muss der Transformationspfad hin zu einer dekarbonisierten Industrie neu beschrieben werden, der bisher günstiges Gas als wichtige Säule des nächsten Jahrzehnts vorgesehen hatte. Strukturell erhöhte Energiepreise gefährden hingegen die Zukunft der Grundstoffproduktion in Deutschland – nicht in einer klimaneutralen

Zukunft, aber in der anstehenden Übergangszeit. Zusammen mit Schritten zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit sind hier Entlastungen erforderlich. Gleiches gilt auch für Planungs- und Genehmigungsverfahren. Der massive Druck zum schnellen Ausbau der Infrastruktur für Flüssiggasimporte muss zu Beschleunigungen der Prozesse führen, die dann auch für andere Infrastruktur- und Produktionsinvestitionen Anwendung finden sollten.

Anhang

Tabelle A - 1: IW-Prognose für Deutschland 2022 und 2023

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	0,0	1 ¼	¾
Arbeitslosenquoten ¹⁾	5,7	5	4 ¾
Arbeitsvolumen	1,9	1 ½	1 ¼
Produktivität ²⁾	0,9	¼	1 ½
Bruttoinlandsprodukt	2,9	1 ¾	2 ¾
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	0,1	1 ¾	3
Konsumausgaben des Staates	3,1	3	2
Anlageinvestitionen	1,5	2 ¼	4
- Ausrüstungen	3,4	4	8
- Sonstige Anlagen	0,7	3	4
- Bauten	0,7	1	2
Inlandsnachfrage	2,2	2	2 ¾
- Export	9,9	3 ¼	5 ¼
- Import	9,3	4	5 ¾
BIP	2,9	1 ¾	2 ¾
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	3,1	6	3
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	-3,7	- 2 ½	- 1 ¼

1) registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen, 2) reales BIP je Erwerbstätigenstunde, 3) in Prozent des nominalen BIP

Quelle: IW-Prognose Mai 2022

Literaturverzeichnis

Bachmann, Rüdiger / Baqaee, David / Bayer, Christian / Kuhn, Moritz / Löschel, Andreas / Moll, Benjamin / Peichl, Andreas / Pittel, Karen / Schularick, Moritz, 2022, Was wäre, wenn...? Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Importstopps russischer Energie auf Deutschland, ECONtribute Policy Brief 029, Universität Bonn/Universität Köln

Bardt, Hubertus / Diermeier, Matthias / Grömling, Michael / Hüther, Michael / Obst, Thomas, 2021, Lieferengpässe und Preisentwicklung bei Rohstoffen und Vorleistungen. Corona Echo Effekte oder 'here to stay'?, IW-Report, Nr. 27, Köln

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael 2022, Anhaltende Produktionslücken durch Vorleistungseingpässe, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 102, Nr. 2, S. 123-126

Bähr, Cornelius / Fremerey, Melinda / Fritsch, Manuel / Obst, Thomas, 2022, Rohstoffabhängigkeiten der deutschen Industrie von Russland, IW-Kurzbericht, Nr. 31, Köln

Beznoska, Martin, 2022, Stellungnahme zu „Entwurf des Steuerentlastungsgesetzes 2022“ – Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags, IW-Report, Nr. 18, Köln

BDEW – Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, 2022, Kurzfristige Substitutions- und Einsparpotenziale Erdgas in Deutschland, Berlin

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2021, Rentenversicherungsbericht 2021, Berlin

BMAS, 2022, Entwurf eines Gesetzes zur Rentenanpassung 2022 und zur Verbesserung von Leistungen für den Erwerbsminderungsrentenbestand, Stand: 23.03.2022, Berlin

BMG – Bundesministerium für Gesundheit, 2022a, Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung, Stand: 04.03.2022, Berlin

BMG, 2022b, Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung, Stand: April 2022, Berlin

Bundesamt für Soziale Sicherung, 2021, Schätztableau des GKV-Schätzerkreises, Stand: 13.10.2021, https://www.bundesamtsozialesicherung.de/fileadmin/redaktion/Risikostrukturausgleich/Schaetzerkreis/20211025SKT_2022.pdf [11.4.2022]

Consensus Economics, 2022, Consensus Forecasts – Surveys of International Economic Forecasts, London

CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis, 2022, World Trade Monitor February 2022, <https://www.cpb.nl/en/world-trade-monitor-february-2022> [6.5.2022]

Demary, Markus / Hüther, Michael, 2022, How Large Is the Risk of Stagflation in the Eurozone, in: Intereconomics, 57. Jg., Nr. 1, S. 34-39

Deutsche Bundesbank, 2022, Zu den möglichen gesamtwirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs: Simulationsrechnungen zu einem verschärften Risikoszenario, Monatsbericht April, S. 15-31, Frankfurt/Main

EZB – Europäische Zentralbank, 2022, ECB staff macroeconomic projections for the euro area, Frankfurt/Main

Fischer, Andreas / Küper, Malte / Schaefer, Thilo, 2022, Gaslieferungen aus Russland können kurzfristig nicht kompensiert werden, in: Wirtschaftsdienst, 102. Jg., Nr. 4, S. 259-261

Fremerey, Melinda / Gerards Iglesias, Simon, 2022, Substitutionspotentiale von Gas in der deutschen Industrie, IW-Kurzbericht, Nr. 40, Köln

Gemeinschaftsdiagnose, 2022, Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress, Kiel

Grimm, Veronika / Löschel, Andreas / Pittel, Karen, 2022, Die Folgen eines russischen Erdgasembargos, in: Wirtschaftsdienst, 102. Jg., Nr. 4, S. 251-255

Grömling, Michael, 2021, Zuversicht dominiert für 2022. IW-Konjunkturumfrage Spätherbst 2021, IW-Report, Nr. 45, Köln

Grömling, Michael, 2022a, Stark bedingte Zuversicht für 2022. IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2022, IW-Report, Nr. 17, Köln

Grömling, Michael, 2022b, Wirtschaftliche Effekte des Krieges in der Ukraine – Ausgangslage und Übertragungswege, IW-Report, Nr. 14, Köln

Grömling, Michael, 2022c, Kapitalarmes Produktivitätswachstum in Deutschland – eine schwere Ausgangslage, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 75. Jg., Nr. 9, S. 32-37

Grömling, Michael / Bardt, Hubertus, 2022, Betriebliche Belastungen durch den Ukraine-Krieg, in: Wirtschaftsdienst, 102 Jg., Nr. 4, S. 283-287

Grömling, Michael / Hentze, Tobias / Schäfer, Holger, 2022, Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland – Eine ökonomische Bilanz nach zwei Jahren, in: IW-Trends, 49. Jg., Nr. 1, S. 41-72

Hüther, Michael, 2021, Was tun gegen die Stagflation?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAZ), Nr. 44, 7.11.2021, S. 22

Hüther, Michael, 2022, Das Problem des subjektiven Werturteils, in: Wirtschaftsdienst, 102. Jg., Nr. 4, S. 273-278

Hüther, Michael / Diermeier, Matthias / Goecke, Henry, 2021, Erschöpft durch die Pandemie. Was bleibt von der Globalisierung?, Heidelberg

IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, 2022, Ukraine-Krieg erschwert Erholung nach Pandemie: Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2022/2023, IMK Report Nr. 174, Düsseldorf

IWF – Internationaler Währungsfonds, 2022, World Economic Outlook Update, January 2022: Rising Case-loads, A Disrupted Recovery, and Higher Inflation, Washington, D.C.

IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2021, IW-Konjunkturprognose Winter 2021. Produktionsstörungen, Preiseffekte und Pandemie-Politik, in: IW-Trends, 48. Jg., Nr. 4, Köln

Kirchhoff, Jasmina / Pimpertz, Jochen, 2022, Arzneimittelkosten treiben nicht die GKV-Ausgabenentwicklung, IW-Kurzbericht, Nr. 32, Köln

Kolev, Galina, 2022, Russlands Relevanz für die Lieferketten der deutschen Wirtschaft, IW-Kurzbericht, Nr. 23, Köln

Kolev, Galina / Obst, Thomas, 2022, Gesamtwirtschaftliche Effekte eines höheren Gaspreises, IW-Kurzbericht, Nr. 16, Köln

Krebs, Tom, 2022, Auswirkungen eines Erdgasembargos auf die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland. IMK Study Nr. 79, Düsseldorf

Lucas, Robert, 1976, Econometric Policy Evaluation: A Critique, in: Brunner, Karl / Meltzer, Allen (Hrsg.), The Phillips Curve and Labour Markets, Amsterdam, S. 19-45

Oxford Economics, 2022, World Economic Prospects Monthly | Global: Ukraine war further worsens the economic outlook, <https://www.oxfordeconomics.com/> [2.5.2022]

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2022): Economic and Social Impacts and Policy Implications of the War in Ukraine, Paris

Randow, Jana / Eglitis, Aaron, 2022, ECB's Kazaks Says a July Interest-Rate Hike Is 'Possible', <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-04-20/ecb-could-hike-interest-rates-as-soon-as-july-kazaks-says> [10.5.2022]

Scheuerle, Andreas, 2022, Belastungsprobe für die Konjunktur, DekaBank, Volkswirtschaft Spezial, Ausgabe 2/2022, Frankfurt/Main

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2021 Transformation gestalten: Bildung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit, Jahresgutachten 2021/2022, Wiesbaden

SVR, 2022, Aktualisierte Konjunkturprognose 2022 und 2023, Wiesbaden

Wanger, Susanne / Weber, Enzo, 2022, Krankheits- und quarantänebedingte Arbeitsausfälle legen in der vierten und fünften Welle der Pandemie deutlich zu, in: IAB-Forum, 21.3.2022, Nürnberg

WHO – Welthandelsorganisation (2022), The Crisis in Ukraine: Implications of the war for global trade and development, Genf

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1: Preissteigerungen verschiedener Energieträger	11
Tabelle 3-1: Eckdaten der IW-Auslandsprognose.....	17
Tabelle 3-2: Ausgewählte Szenarien zu den Auswirkungen einer Verschärfung des Ukraine-Konflikts auf die Weltwirtschaft	20
Tabelle 5-1: Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland	30
Tabelle 6-3: Staatskonto für Deutschland	31
Tabelle A - 1: IW-Prognose für Deutschland 2022 und 2023	36

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Füllstand der Gasspeicher in Europa	10
Abbildung 2-2: Welthandel und Frachtraten	12
Abbildung 2-3: Inflationsbeiträge in der Eurozone und den USA	13
Abbildung 2-4: Inflationserwartungen für den Euroraum.....	14
Abbildung 3-1: Dynamik von Weltwirtschaft und Welthandel	15
Abbildung 4-1: Produktion in der deutschen Industrie	25
Abbildung 4-2: BIP-Verlauf in Deutschland	28

Abstract

Crisis and Uncertainty – IW Economic Forecast Spring 2022

The already bruised German economy is still stumbling from one crisis to the next. Business continues to suffer from the diverse effects of the Covid19 pandemic - especially disrupted supply chains and workforces depleted by illness. Moreover, the stiffening of restrictions in China has made abundantly clear that threats of this nature are far from over. The war which began in February in Ukraine has only added to these burdens, exacerbating existing disruption to manufacturing, causing additional sharp rises in production costs and prices, and leading to considerable uncertainty. The risk to the steady supply of essential raw materials for the manufacturing and energy sectors is currently particularly unpredictable while an abrupt halt to gas supplies from Russia could lead to an economic slump that is equally hard to gauge. Even without such an escalation, the momentum of world business will weaken considerably, with global manufacturing and trade both expected to grow by a mere 3½ percent in 2022 and slightly lower increases predicted for 2023. Around the globe, high prices and uncertainties are eating away at consumer and investment demand. Under the impact of these circumstances the pace of economic activity in Germany is also slowing considerably. Exports are suffering from the weakening global economy. Consumption and capital spending are being throttled by high inflation rates and the pressure on supply chains. A badly needed recovery is once again being postponed, with growth prospects for 2022 halved to just 1¾ per cent, while 2023 will see Germany's real gross domestic product increase by 2¾ percent. However, both these assessments assume that there will be no additional burdens from geopolitical conflicts in the second half of 2022 and that the inflationary effects currently eating away at the economy will recede. After rising by a good 6 per cent this year, consumer prices will increase by 3 per cent in 2023. Production disruptions will have an impact throughout the forecast period but ease under the conditions currently predicted. Despite these renewed pressures, the German labour market remains robust. Employment is picking up again and unemployment will fall to below 5 per cent next year. Due to the pandemic and the war, Germany's budget deficit will remain high both this year and next and with social security spending rising, too, the public debt ratio will be around 70 per cent in the forecast period.